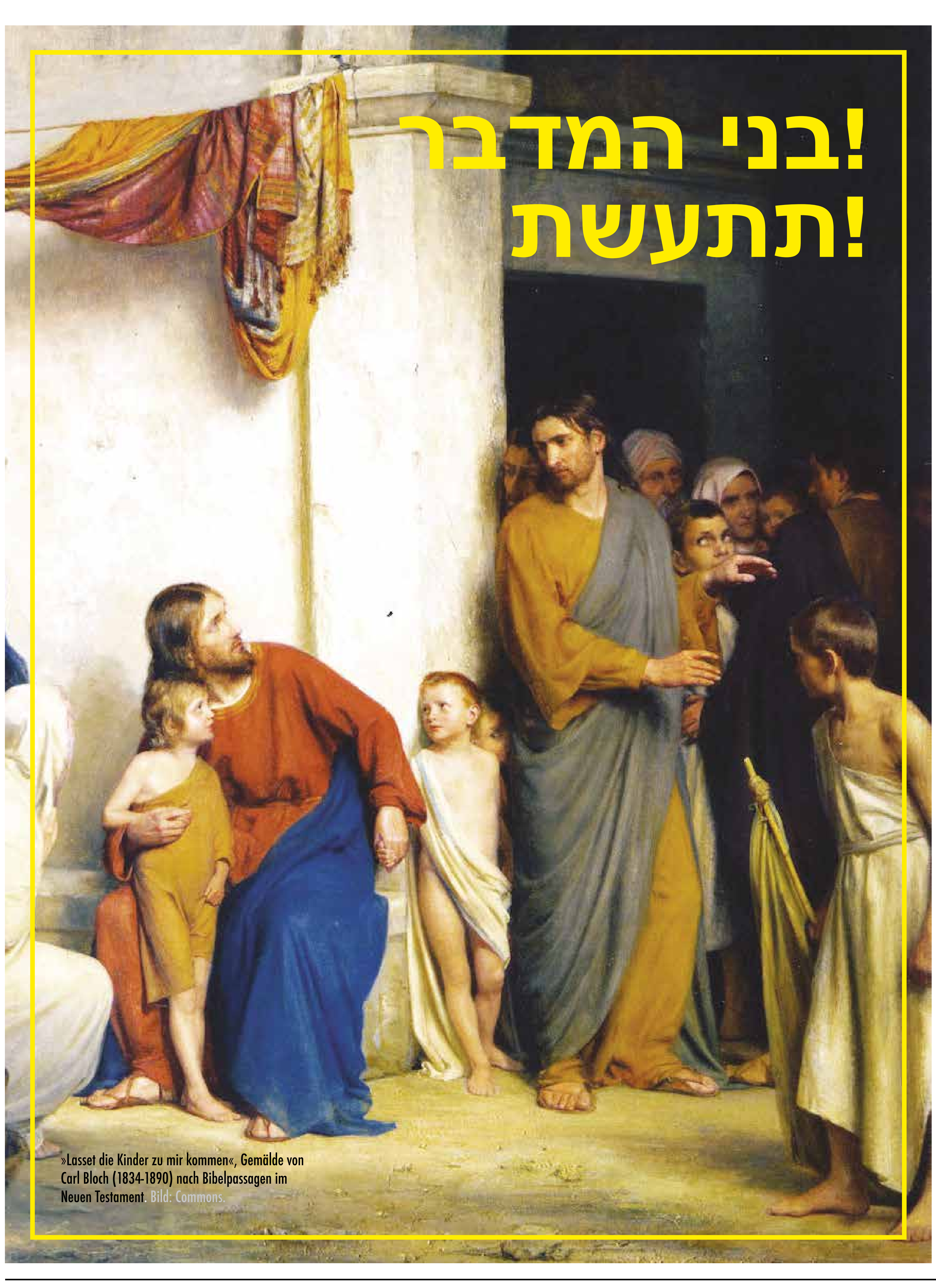
DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 154, Samstag, 11. November 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine



»Lasset die Kinder zu mir kommen«, Gemälde von Carl Bloch (1834-1890) nach Bibelpassagen im Neuen Testament. Bild: Commons.

Mehr als 12.000 Tote in nur einem Monat. Die Mehrzahl davon Zivilisten, darunter mehr als 4.000 Kinder. Reißt Euch mal zusammen!

Es ist ein blutiges Treiben, das Hitzköpfe im Nahen Osten vor unser aller Augen abspielen. Wieder einmal drohen durchdrehende Machthaber mit dem Einsatz von Atombomben. Es ist nicht verwunderlich, dass angesichts solcher Opferzahlen weltweit Millionen Menschen auf die Straße gehen. In sämtlichen Metropolen des Erdballs solidarisieren sich die Menschen mit den Palästinensern und nahezu täglich werden Massendemonstrationen abgehalten. Doch was will man mit diesen symbolischen Taten für ferne Länder eigentlich erreichen? Wo wart ihr, als man uns Demokraten auf den Straßen schlug, Kinder quälte, Alte und Kranke segregierte und massenweise Menschen totspritzte?

Laut Datenstand der europäischen Arzneimittelagentur EMA sind bis heute 657.825 schwerwiegende Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Genspritzen gemeldet worden, teils dauerhafte Verstümmelungen und Behinderungen. 28.386 Todesfälle sind angezeigt worden und das nur innerhalb der EU. Was habt ihr getan, um diese Morde zu verhindern?

Das Mitgefühl von uns Demokraten ist auf der Seite aller unschuldigen Opfer der mörderischen Machthaber. Es geht nicht darum, aufzurechnen. Es geht darum, dass wir uns nicht der Industrie des Vergessens unterwerfen, die ein Verbrechen mit dem nächsten Verbrechen überschüttet. Wir vergessen nichts, niemals!

Darum gibt es seit dem 17. April 2020 diese Zeitung, die aus einem Flugblatt von den ersten Demonstrationen rund um den Berliner Rosa-Luxemburg-Platz entstand und deutschlandweit verteilt und verbreitet wird. Wir Demokraten stehen für Frieden, Freiheit und Demokratie. Wir lassen uns nicht gegeneinander und für »Freedom and Democracy« aufhetzen. Denn die vergangenen drei Jahre unter Corona haben gezeigt, dass die Oberen des Westens selbst davon nicht viel halten.

Dieses Bewusstsein haben Millionen Menschen allein in Deutschland entwickelt. Und wir machen weiter bis zum umfassenden Sieg dieser Demokratiebewegung. Auf den Straßen und Plätzen in sämtlichen Regionen unseres Landes. (hes)

INHALT #DW154

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 154. Ausgabe ab Samstag, 11. November 2023. | Redaktionsschluss war am 9. November. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Chris Stein, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Das Herz am rechten Fleck

Der Preis der Republik geht an Demo-Livestreamer Helge Spunkt.
LAUDATIO von Klaus Müller

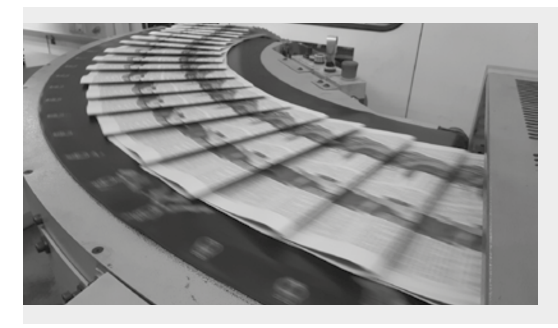
Er selbst sagt: »Die einen lieben mich, die anderen hassen mich.« Mit «anderen« kann er nur die peinliche *Fake*-Antifa meinen. Denn wer Helge Spunkt kennenlernt, wird schnell feststellen, dass er das Herz am rechten Fleck hat.

Der 61-Jährige ist ein schräger und humorvoller Typ. Und er macht einen überaus wichtigen Job – mit Leidenschaft und aus voller Überzeugung: Seit dem Frühjahr 2020 ist Spunkt, der zuvor selbstständig als Veranstaltungsleiter im Event-Catering tätig war und als Fotograf Motosportevents in der ganzen Welt begleitete, als *Livestreamer* auf den Demos der Demokratiebewegung unterwegs und längst bekannt wie ein bunter Vogel.

Dabei gibt er offen zu: »Ich war lange ein Schlafschaf, habe alles geglaubt, was in den Nachrichten berichtet wurde, weil ich von meinem Naturell her ein vertrauensseliger und ehrlicher Mensch bin.« Lange war die Welt für ihn in Ordnung. »Bei Corona hat sich das jedoch schlagartig geändert. Ich realisierte, dass man uns etwas vormacht.« Genau deshalb ist seine Arbeit, das Dokumentieren der Demos, so wichtig. »Alle, die 2020 bei den großen Demonstrationen in Berlin dabei waren, sahen, was vor Ort los war und was die Medien daraus gemacht haben«, weiß Spunkt, der aus Salzburg stammt, aber in München mit seiner demenzkranken Mama, die er in häuslicher Pflege betreut, lebt. Die 82-jährige begleitet ihn oft beim *Streamen*. »Ich kann sie wegen ihrer Erkrankung nicht alleine lassen. Aber es funktioniert gut«, erklärt er. »Die Menschen kennen und mögen sie.«

Im Kampf gegen eine irre Politik, die »mithilfe von Konzernen, Lobbyisten und Anleihen aus der Merkel-Ära die Agenda der Eliten durchpeitscht«, so Spunkt, ist er verhalten optimistisch. Sein Motto: »Jede Demo gibt uns mehr Kraft.« Sein Wunsch: »Es wäre schön, wenn endlich Millionen Menschen auf die Straße gingen.« Was nicht ist, kann noch kommen. Helge Spunkt wird dann auf jeden Fall dabei sein und live berichten. Zuvor gibt es schon mal diesen Preis. Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DIE MACHER VON COLLATERA. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, die Macher von Collateral.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Nichts als Gefühle

EINWURF von Werner Köhne

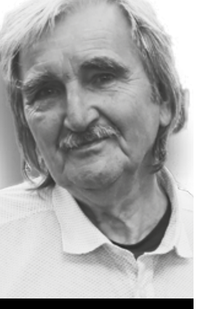
Frauen und Kinder zuerst – so forderte es der gesunde Menschenverstand, wenn er sich mal wieder einer großen Gefahr ausgesetzt sah.

Offensichtlich folgte man dieser Losung auch, als im Coronanarrativ eine Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen wurde und staatlicherseits eine irrwitzige Maßnahme wie das Maskentragen von Kleinstkindern angeordnet wurde. Nun bewiesen aber bald Studien, dass gerade Frauen und Kinder, die am wenigsten gefährdeten Gruppen darstellten. Dies wollten – und konnten – jedoch viele Verantwortungsträger nicht akzeptieren. Frauen und Kinder zuerst: Die Jahrtausende bewährte Losung und die dahinter stehenden Emotionen durften nicht angetastet werden.

Hier sei auf den Essayisten Günther Anders verwiesen. Er vermutete zurecht, dass die Antiquiertheit unserer Gefühle uns daran hindert, der modernen technologischen Entwicklung erkenntnistheoretisch und auf emotionaler Augenhöhe begegnen zu können. Wie sehr Anders hier einen Nerv traf, zeigen die jüngsten Ereignisse in Israel: Während der Terrorakt der Hamas Gefühle des Entsetzens hervorruft, rufen die Bombenabwürfe in Gaza ein anderes emotionales Verhaltensschema ab.

Die Differenz, die hier noch jenseits ideologischer Erklärungen offenkundig wird: Der Terrorakt weckt in uns Reaktionen, die in ihrer Heftigkeit den Ereignissen angemessen erscheinen. Im Gegensatz dazu lassen uns die Bombenabwürfe im Gaza die Auswüchse moderner Rationalität spüren: In der Explosion und selbst in den Bildern von Kratern und Trümmerlandschaften geht das Moment der individuell sichtbaren, schmerzhaft spürbaren Anschaulichkeit verloren – und verleitet uns dazu, den modernen Waffen und Drohnen gar eine gewisse funktionale Eleganz und Sauberkeit zuzubilligen. Pervers? – Ja, pervers, aber diese Perversion ist in den Strukturen moderner Wahrnehmung durchaus eingestanzt.

Schon im ersten Golfkrieg wurden wir damit konfrontiert, dass der Homo ludens des Computerspiels – übrigens nicht nur der *Nerd* – die Distanz zwischen Phantasie und Wirklichkeit einebnete, damit aber auch alte Gefühle reaktivierte, die dem abstrakten Grauen der Gewalt, die von moderner Technologie ausstrahlt, nicht gewachsen waren. Ob wir nun wollen oder nicht: Phänomene wie Tod, Gewalt, Schmerz und Entfremdung verlieren ihre emotional nachvollziehbare Transparenz angesichts moderner Lebens- und Kriegsführung.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

»WIR MÜSSEN DEN WIDERSTAND VEREINEN«

Interview mit Dr. Andreas Sönnichsen über das bevorstehende zweite Corona-Symposium der AfD an diesem Wochenende | Von Klaus Müller

Bis Anfang 2022 war Prof. a. D. Dr. Andreas Sönnichsen Leiter der Abteilung für Allgemein- und Familienmedizin an der MedUni Wien. Jetzt ist er Wahlarzt für Innere und Allgemeinmedizin mit eigener Praxis in Salzburg.
Foto: privat.

DW: Herr Dr. Sönnichsen, an diesem Wochenende findet das zweite Corona-Symposium der AfD im Deutschen Bundestag statt. Neben Ihnen mit dabei sind u.a. Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Stefan Homburg, Datenanalyst Tom Lausen, Pathologe Prof. Dr. Walter Lang, Psychoneuroimmunologe Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, der Arzt Dr. Gunter Frank, Kommunikationswissenschaftler und DW-Kolumnist Prof. Michael Meyen und viele andere. Was versprechen Sie sich von der Veranstaltung?
Dr. Andreas Sönnichsen: Ich hoffe, dass die Corona-Aufarbeitung in Gang kommt. Die AfD ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die dazu bereit ist. Sie sitzt in den Parlamenten und sorgte dafür, dass in Brandenburg ein Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde. Auf Bundesebene wurde das bisher von allen anderen Parteien abgelehnt.

DW: Sie halten einen Impulsvortrag zum Thema »›Pandemie‹ und Notzulassung ›Impfstoffe‹«. Können Sie bitte kurz umreißen, was Sie darlegen werden?
A.S.: Wir reden vielmehr von einer bedingten Zulassung. Diesbezüglich muss man fragen: Wann ist diese gerechtfertigt? Die Voraussetzungen dafür waren nicht erfüllt. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine epidemische Notlage von nationaler Tragweite, auch keine Überlastung der Krankenhäuser und 2020 auch noch keine Übersterblichkeit.

DW: Diese setzte erst mit Beginn der sogenannten Impfung ein. 2022 lag sie bei 19 Prozent. Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD, der am Wochenende auch dabei ist, erklärte im DW-Interview (Ausgaben 152 und 153), dass die Regierung den Gründen dafür nicht auf den Grund gehen wolle, weil sie Angst habe, dass diese mit der »Impfung« zusammenhängen. Wie sehen Sie es?
A.S.: Ich stimme ihm zu. Es sind so viele Dinge passiert, die strafrechtliche Relevanz haben. Dass man verhindern will, dass diese ans Tageslicht kommen, ist klar, allerdings wird es sich auf Dauer nicht verhindern lassen. Eine Korrelation ist kein Beweis für eine Kausalität, aber es ist naheliegend, dass die Impfung die Ursache für die Übersterblichkeit ist. Wie Prof. Dr. Christof Kuhbandner fordere auch ich eine Untersuchung. Dafür müssen entsprechende Daten freigegeben oder erhoben werden, was leider nicht passiert. Ich habe inzwischen fast 40 Berufsjahre auf dem Buckel. In dieser Zeit wurden Medikamente vom Markt genommen, wenn es eine Handvoll Todesfälle gab. Bei Corona wurden bis jetzt 3.600 Todesfälle ans PEI gemeldet. Auch wenn hier natürlich nicht bei allen die Kausalität bewiesen ist, müssen doch die Alarmglocken ganz laut läuten.

DW: Die »Impfstoffverträge« der EU mit dem Pfizer-Konzern wurden *geleakt* (DW berichtete). Was sagen Sie dazu?
A.S.: Es kam ans Licht, dass die EU und die einzelnen EU-Staaten den Vertrag unterschrieben haben, obwohl ihnen bewusst war, dass es keine ausreichenden Daten zur Effektivität und Sicherheit der Impfstoffe gab. Da muss man sich schon fragen: Haben die noch alle Tassen im Schrank? Obwohl man es also gar nicht wusste, hat man einfach behauptet, die Impfstoffe seien effektiv und sicher. Das ist vollkommen irre.

DW: Glauben Sie, dass die Spaltung der Gesellschaft noch zu beheben ist?
A.S.: Ohne eine Aufarbeitung der Coronazeit auf keinen Fall.

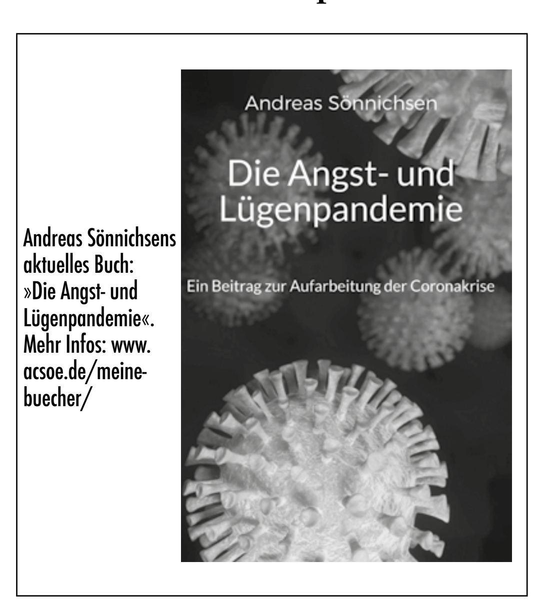
DW: Das *Ärzteblatt* rät zum Schutz vor Corona dazu, beim Vorbeigehen an anderen Menschen fünf Sekunden lang die Luft anzuhalten, einen Abstand von mindestens einem Meter einzuhalten und sich gegen den Wind zu positionieren. Ihr Kommentar dazu?
A.S.: Das ist ja der Witz des Tages. Unfassbar! Die Info muss ich sofort Ferdinand Wegscheider schicken *(lacht)*.

DW: Sie nehmen im Rahmen des Symposiums zudem an einer Expertenrunde mit Publikumsdiskussion zum Thema »Allianzen schmieden – international und interdisziplinär« teil. Worum genau geht es dabei?
A.S.: Wir haben das Problem, dass wir im Widerstand völlig zersplittert agieren. So kommen wir nicht weiter. Wir müssen den Widerstand vereinen, damit wir politisches Gewicht kriegen.

DW: Sie denken aber nicht an die Gründung einer weiteren neuen Partei?
A.S.: Keineswegs. Ich glaube, das wäre der falsche Weg. Wir müssen versuchen, neue Wege zu gehen und überparteilich zu agieren. In Thüringen wird angedacht, ein breites Wählerbündnis zu schmieden, bestehend u.a. aus Basis, Freie Wähler, Werteunion und anderen. Das könnte ein möglicher Ansatz sein. Zudem müssen wir auch internationale Kooperationen im Fokus haben, schließlich sind unsere Gegner, diese undemokratischen und vom Großkapital unterwanderten Institutionen wie EU und WHO, auch international aufgestellt.

DW: Prof. Dr. Sucharit Bhakdi spricht über die WHO und ob nach der globalen Impftragödie bald das globale Impfregime folgt. Stichwort: Pandemievertrag. Ihre Einschätzung?
A.S.: Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Pandemievertrag im Mai 2024 nicht verabschiedet wird. Man wird keine Zweidrittel-Mehrheit dafür kriegen. Aber die Situation ist auch ohne Pandemievertrag schon schlimm genug. Wenn die Regierungen und die WHO unter einer Decke stecken, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Durch die Corona-Krise hat sich der Reichtum der Milliardäre verdoppelt und die Mehrheit der Menschen ist ärmer geworden. Es ist sehr verlockend, dieses böse Spiel zu wiederholen. Die WHO und ihre Hintermänner haben die Macht, Pandemien zu planen. Und wer weiß – Stichwort Gain-of-function – ob das nächste Virus ähnlich harmlos ist wie das Coronavirus. Für mich ist klar: Sie werden weitermachen. Wir aber auch!

DW: Herr Dr. Sönnichsen, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Andreas Sönnichsens aktuelles Buch: »Die Angst- und Lügenpandemie«. Mehr Infos: www.acsoe.de/meine-buecher/

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.609
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.257
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.123
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.773
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.183
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.699
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.001
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	77.478
Sep.	71.022	74.243	77.931	75.052	75.441
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	749.193

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

BEVORMUNDUNG EIN LEBEN LANG

Londond/DW. Der britische König Karl III. höchstselbst verkündete am 7. November 2023 bei der Parlamentseröffnung, dass Menschen, die im Jahr 2023 das Alter von 14 Jahren haben, niemals in ihrem Leben legal Zigaretten kaufen dürfen. Jedes Jahr soll das Mindestalter zum Erwerb von Tabakproduktion um ein Jahr angehoben werden. Die Maßnahme ist selbstredend zum Schutz der allgemeinen Gesundheit.Dass der König das britische Parlament eröffnet, ist seit rund 70 Jahren nicht geschehen. Die Stärkung des monarchisch-feudalen Elements wird von deutschen Medien als Zeichen des Anbruchs einer neuen Zeit gewertet. (hes)

Demokratin macht die Sache klar. Foto: Georgi Belickin/DW

Zum Glück leben wir nicht in einer Bananenrepublik

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, eine weitere Woche des Wahnsinns liegt hinter und garantiert auch wieder vor uns. Wieder ist so viel unfassbar Verrücktes passiert, dass ich kaum weiß, wo ich anfangen soll. Vielleicht bei den zwei Laptops mit den 700.000 (!) brisanten E-Mails, die Kanzler Olaf Scholz bei der Aufklärung des größten Steuerskandals der deutschen Geschichte (Cum-Ex) angeblich noch gefährlich werden könnten. Die Geräte waren zwischenzeitlich verschwunden beziehungsweise lagerten, wie es heißt, in »sicheren Räumen«, befinden sich nun aber offenbar wieder am ursprünglich angestammten Ort – in einem *Safe*. Puh, was für ein Glück. Ganz sicher wurden auch keine *Mails* gelöscht. So etwas wäre ja allenfalls in einer Bananenrepublik denkbar.

Mächtig abgefeiert wurde Vizekanzler Robert Habeck für seine emotionale Rede zum Thema Antisemitismus in Deutschland. Prompt fabulierten Konzernmedien und ÖRR, dass der Vorleser und Märchenbuchautor doch ein guter nächster Kanzler für unser Land wäre. Ups, Entschuldigung. Märchenbuchautor darf man ja nicht mehr sagen. Nachdem Habeck sich zuletzt auf dem offiziellen X-*Account* des Wirtschaftsministeriums zum Nahost-Konflikt geäußert hatte, wurden Kommentare, in denen er als Kinderbuchautor bezeichnet wurde, ausgeblendet. Die AfD kritisierte diese Zensur scharf. Leif-Erik Holm, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärte gegenüber *Junge Freiheit*: »Wenn Robert Robert Habeck nicht mehr als Kinderbuchautor bezeichnet werden möchte, sollte er einfach aufhören, Märchen zu erzählen – so wie das vom grünen Wirtschaftswunder oder der bösen Kernenergie.« Ich frage mich zwar, warum Habeck das nicht möchte, schließlich ist Märchenbuchautor doch ein ehrbarer Beruf, aber wir können ihn auch gerne Deutschland-Abwracker oder Insolvenzminister nennen. Natürlich nur, wenn ihm das genehm ist.

Das Bundesverfassungsgericht empfing am Mittwoch mal wieder die Bundesregierung. Gesprächsthema: »Krise als Motor der Staatsmodernisierung«. Was das heißen könnte? Vielleicht »Notstand als Krise der Transformation«, wie Journalist Henning Rosenbusch in seinem Telegramkanal



Nanu, eine Deutschlandfahne mit Südfrucht? Sieht man auf Demos immer wieder. Der Grund: In unserem Land liegt vieles im Argen. Foto: Gerogi Belickin/Feurstacke/DW

treffend kommentierte. Wie war das noch mit der Gewaltenteilung? Ich wiederhole mich: Zum Glück leben wir nicht in einer Bananenrepublik.

Gut auch, dass wir für die ÖRR-Zwangsgebühr als Gegenleistung eine ausgewogene Berichterstattung erhalten. Beispiele dafür bekommen wir fast täglich zu sehen. Am Sonntag wurde am Hamburger Flughafen nach einem 18-stündigen Verhandlungsmarathon eine Geiselnahme unblutig beendet. Es ging um einen Sorgerechtsstreit. Der 35-jährige Salman E. hielt seine vierjährige Tochter in Gewahrsam. In *ZDF-heute* berichtete ein Reporter während der Geiselnahme: »Bekannt ist, er *(der Entführer/Anm. d. Red.)* möchte auf Türkisch angesprochen werden, was aber im Umkehrschluss nicht unbedingt heißt«, dass er »türkischer Staatsbürger« sei oder »Migrationshintergrund« haben müsse. Ich sage: Bekannt ist, dass einem im ÖRR das Gehirn gewaschen werden soll, was aber im Umkehrschluss nicht unbedingt heißt, dass es auch gelingen wird. Man muss es mit Humor nehmen: Eine bessere Unterhaltung

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

kann man sich doch kaum wünschen, zumal diese Gestalten offenbar wirklich daran glauben, was sie erzählen.

Für Nicole Diekmann, Korrespondentin des *ZDF*, ist »GEZ« inzwischen ein »rechter Kampfbegriff«. Das schrieb sie am 3. November auf X. Puh, darauf muss man erstmal kommen. Da kann man nur hoffen, dass man bei der nächsten GEZ-Überweisung nicht in die rechte Ecke gestellt und einem das Konto gekündigt wird. Auch die *Süddeutsche Zeitung* zeigt einmal mehr, was seriöser Journalismus ist. Sie postete am 4. November auf X: »Selbstverständlich läuft in Deutschland nicht alles so, wie es könnte. Aber es ist Zeit, der Schlechtrederei etwas entgegenzusetzen. Die Pandemie hat gezeigt: Der Rechtsstaat funktioniert. Das Heizungsgesetz hat gezeigt: und die Demokratie auch.« Ich würde noch ergänzen: «Und Beiträge wie diese zeigen: die vierte Gewalt auch.«

Am 6. November fragt *Zeit online* auf X: »Darf man Anfang November schon die Heizung anschalten?« und präsentiert ein Wärmekissen gegen »Heizscham«. Viel angebrachter wäre an der Stelle jedoch ein gewisses Maß an »Schreibscham«. Gilt auch für das *Ärzteblatt*, das in Anbetracht der steigenden Coronazahlen mit lebensrettenden Tipps um die Ecke kommt: Man solle beim Vorbeigehen an anderen Menschen »für fünf Sekunden die Luft anhalten und falls möglich einen Abstand von mindestens einem Meter einhalten und sich gegen den Wind positionieren«. Die Gefahr, dass häufiges langes Anhalten der Luft das Gehirn dauerhaft schädigen kann, ist dabei meiner Meinung nach eher zu vernachlässigen. Denn wer diesen Ratschlag ernsthaft befolgt, kann ohnehin nicht mehr alle Latten am Zaun haben. Ohnehin gilt: Man sollte einen möglichst großen Abstand zu derartigen Medien einhalten. Übrigens: Auf eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Thomas Dietz (AfD) musste die Bundesregierung einräumen, dass trotz Gentherapie (oder gerade deswegen?) mehr als 100.000 Bundeswehr-Soldaten an Corona erkrankt waren. Für Dietz ein »weiterer brisanter Beweis für die Unwirksamkeit des viel gepriesenen Impfstoffes«. Dazu passt folgende Meldung: Bei einer Vereidigung in Wien Ende Oktober bekamen 80 von 950 Soldaten beim Strammstehen Kreislaufprobleme, 14 von ihnen kollabierten sogar, wobei sich einer beim Sturz den Kiefer brach. Ob das alles mit der »Impfung« zusammenhängt? Vielleicht hat es auch mit der anhaltenden Hitze zu tun: Das Jahr 2023 könnte das wärmste seit 125.000 Jahren (!) werden. Dies berichtet der EU-Klimawandeldienst. Und wenn man dem nicht glauben kann, wem denn sonst? Ich nehme jetzt erstmal ein ausgiebiges Sonnenbad. Bis nächste Woche!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

Staatssicherheit und Rechtsextremisten

Über Ursache und Wirkung | Von Gordon Pankalla

Der Verfassungsschutz hat am 7. November 2023 die AfD in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestuft. Nach Thüringen ist dies nun das zweite Bundesland, in dem die Partei vom Inlandsgeheimdienst dieses Prädikat erhält.

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung und die innere Sicherheit durch politischen Extremismus und Terrorismus einzuschätzen. Wenn eine Regierung aus ideologischen Gründen uns von der Gaszufuhr abschneidet, das Gas nun vierfach teurer ist als früher und deshalb unsere Wirtschaft schrumpft, ist das dann jedoch für den Verfassungsschutz keine Gefahr für die Demokratie. Wenn eine Regierung angibt, dass es nicht mehr möglich sei, die Grenzen zu schützen (Staatsgebiet), ist das keine Gefahr für die innere Sicherheit. Wenn eine Regierung im weltweiten Alleingang das Klima retten will und der Bürger sich daher keinen Strom mehr leisten kann (Staatsvolk), ist dies keine Gefahr für die Demokratie. Wenn eine Regierung Demonstrationen verbietet, weil diese nicht im Sinne der Regierung sind, ist das keine Gefahr für die Demokratie (Staatsmacht). – So der Verfassungsschutz. Aber macht man Menschen mit einer solchen Politik nicht erst zu Radikalen?

Ein Staat besteht aus drei Elementen: Staatsgebiet, Staatsvolk und der Staatsmacht. Einige zählen die Presse als eine vierte Säule der Demokratie dazu. Ich halte die Presse für enorm wichtig, man muss sich nur vor Augen führen, welche Gebäude im Kriegsfall als erstes eingenommen werden: die Rundfunkanstalten. Der Medienkrieg tobt indes schon seit einigen Jahren, wenn wir uns die Propagandaberichte in der Coronazeit anschauen oder die bereits gesichert falsche Berichterstattung bei der sogenannten Willkommenskultur.

Wenn man die Medien unter Kontrolle hat, dann kann man dies natürlich auch jahrelang schön reden, aber irgendwann kommt doch der Punkt, da glauben die Bürger diesen Medien dann eben nicht mehr, dann interessiert die Bürger eine solche Einstufung durch den Verfassungsschutz auch gar nicht mehr.

EINE KURZE BILANZ

Wenn eine Regierung seit Jahren dafür verantwortlich ist, dass es immer mehr arme Menschen bei uns gibt, 14 Millionen Menschen gelten in Deutschland inzwischen als arm. Wenn eine solche Regierung immer mehr Schulden macht und dann auch noch Sonderhaushalte – die übrigens verfassungswidrig sind – für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete beschließt, wenn eine Regierung immer weiter dem Missbrauch des Asylrechts zuschaut, aber die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland bereits die Grenze von 600.000 Menschen überschritten hat, dann frage ich mich: Warum werden Menschen denn rechtsextrem? Liegt das dann an einer Partei wie der AfD, oder liegt es vielleicht nicht viel mehr daran, dass unsere Regierung die Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung erst durch eine fehlerhafte Politik geschaffen hat.

Politik, bei der Menschen, die arbeiten gehen, bereits fast 50 Prozent ihres Einkommens weggenommen wird. Die Abgabenlast auf Löhne und Gehälter in Deutschland ist im internationalen Vergleich extrem hoch. Steuern und Abgaben belasten die Einkommen so stark wie in fast keinem anderen Industrieland. Liegt dies vielleicht an einer Politik, die den deutschen Sozialstaat mit Volldampf an die Wand fährt und weiterhin Milliarden von Euros für illegale Immigration und für Waffen ausgibt sowie inzwischen über eine Millionen Ukrainer aus unserer Staatskasse finanziert, obwohl diese Menschen in unser Sozialsystem nie einen einzigen Cent einbezahlt haben?

Eine solche Politik stellt meiner Ansicht nach eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung und die innere Sicherheit durch politischen Extremismus dar. Wenn es bei der Behörde wirklich um einen Verfassungsschutz gehen soll, dann fände ich es sinnvoller dort anzusetzen, wo das Problem entsteht, anstatt voller Empörung zu rufen:



Demokraten mit positiver Einstellung. Foto: Georgi Belickin/DW.

Schau mal da – die sind ja nun rechtsextrem. In der DDR nannte man eine solche Institution Staatssicherheit, helfen Sie mir mal bei der Einordnung der Begriffe, liebe Ossis.

Der Rechtsextremismus, den wir nun leider wieder erleben müssen, der ist eine Folge der verfehlten Sozial- und Familienpolitik der letzten 20 Jahre und der Geldpolitik (Turbo-Kapitalismus), bei dem Politiker bis heute das Land immer weiter verschulden und sich dann über Inflation und Kaufkraftverlust wundern. Dieses Land wird aber nicht dadurch sicherer, wenn man immer die Schuld auf die anderen schieben will oder den Menschen nun auch noch erklärt, dass sie sich schon mal kriegstüchtig machen sollen.

BEOBACHTUNGSKANDIDAT SPD

Und wenn wir schon beim Schutz der Verfassung sind, dann rate ich Herrn Boris Pistorius (SPD) doch mal einen Blick in die Präambel des Grundgesetzes zu werfen, denn dort steht drin, dass wir »in Verantwortung vor Gott und den Menschen dem Frieden der Welt zu dienen« haben und nicht dass wir kriegstüchtig werden sollen – und dies ist mehr als eine Staatsräson! Herr Haldenwang, haben Sie denn schon mal die SPD und die anderen Ampelparteien, die uns in diese Lage gebracht haben, unter die Lupe genommen? Ist Ihnen der Unterschied zwischen einem Huhn und einem Ei bekannt?



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

MELDUNG

SELEKTIVE VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Berlin/DW. »Frau Faeser, Sie implizieren, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in der Versammlungsbehörde wahllos Demonstrationen untersagen können«, behauptete der Chef der Berliner Polizeigewerkschaft Stephan Weh, am Dienstag, den 7. November 2023 als Reaktion auf Aussagen der Bundesinnenministerin Nancy Fäser. Diese hatte im Hinblick auf propalästinensische Demonstrationen im Corona-Duktus gefordert, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht missbraucht werden dürfe und die Polizei zu konsequenten Demoverboten aufgefordert. Kritische Einlassungen der Polizei zu den zahlreichen Verboten friedlicher Demonstrationen der Demokratiebebewegung hatte es unter Corona nicht gegeben. (hes)

VON DEN FREIEN WÄHLERN ZUR AFD

Potsdam/DW. Die Brandmauer bröckelt immer mehr. Im Brandenburger Landtag hat sich der Abgeordnete Philip Zeschmann nach seinem Abgang bei den Freien Wählern, der aufgrund eines laut seiner Aussage zerstörten und schwer wiederherzustellenden Vertrauensverhältnisses mit dem Fraktionschef Péter Vida erfolgte, überraschend der AfD angeschlossen. Birgit Bessin, AfD-Landesvorsitzende in Brandenburg, wertete den Wechsel als Beleg für mehr Offenheit in Bezug auf ihre Partei. Zeschmann, einst 20 Jahre Mitglied der SPD, sprach auf einer AfD-Pressekonferenz von einer »Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik« im Land, er wolle »nicht zugucken, dass wir im nächsten Winter im *Blackout* sitzen. Ich möchte nicht zugucken, wenn immer mehr Menschen arbeitslos werden.« (kmü)

ZU VIEL GESINNUNGSPOLITIK: LANDRAT TRITT AUS SPD AUS

Vorpommern-Rügen/DW. Landrat Stefan Kerth ist nach über 20 Jahren aus der SPD ausgetreten. Seinen Austritt begründete er in einem Schreiben an den Landesverband der Partei am Montag wie folgt: »Seit Längerem nehme ich die Politik der SPD und des politischen Lagers links der Mitte als zu stark gesinnungsgeleitet und unzureichend an der Lebensrealität orientiert wahr.« Kerth ist seit 2018 Landrat von Vorpommern-Rügen und wolle dies trotz des Austritts auch bleiben. Zudem plane er 2025 eine erneute Kandidatur. In den sozialen Medien erhält er für seinen Schritt viel Zuspruch. Dort ist von »Respekt« und «Rückgrat« die Rede. (kmü)

ANNA-FRANK-KITA SOLL UMBENANNT WERDEN

Tangerhütte/DW. Eine städtische Kita in Tangerhütte (Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt) plante, ihren Namen von »Anne Frank« auf »Weltentdecker« zu ändern, da der Name bzw. die Geschichte des jüdischen Holocaust-Opfers »Kita-Kindern schwer zu vermitteln« sei und zudem nicht zum neuen Konzept der Einrichtung passe. Die Fraktionen des Stadtrats kündigten an, sich gegen die Umbenennung zu positionieren. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab ? • ORF • Vorarlberg Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
STOCKHOLM -SE: Samstag 15.00 Aftonbladet • Humlegården, Demo
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.
WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 11.11.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.11.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.11.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.11.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 11.11.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 11.11.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 11.11.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.11.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 12.11.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 13.11.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (Bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 13.11.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 13.11.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 13.11.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 13.11.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 13.11.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 13.11.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 13.11.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 13.11.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 14.11.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.11.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 14.11.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.11.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 14.11.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 8.11.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 15.11.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 15.11.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 15.11.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 15.11.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 15.11.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 15.11.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 15.11.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 15.11.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 15.11.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 16.11.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 16.11.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 16.11.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 16.11.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 16.11.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 16.11.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 16.11.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 16.11.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 16.11.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 16.11.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 17.11.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 18.11.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.11.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Röntgental	Autokorso
Sa, 18.11.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 18.11.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.11.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 18.11.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.11.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.11.2023 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 18.11.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 18.11.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 22.11.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.12.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.12.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



DIE BALFOUR-ERKLÄRUNG

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Konflikte in der Welt können nur verstanden werden, wenn man sich auch die Geschichte der jeweiligen Region anschaut. Aktuell richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf den Bereich Nahost. Mit den folgenden Zeilen möchte ich an einen bedeutenden Punkt aus dessen Historie erinnern.

Aufgrund des erstarkenden Antisemitismus in Europa sahen zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts viele Juden ihre Gleichberechtigung als gescheitert an. Theodor Herzl propagierte als Begründer des politischen Zionismus nach rund 1.800 Jahren Diaspora die Rückkehr der Juden nach Palästina verbunden mit der Gründung eines jüdischen Staates.

1914 lebten inzwischen rund 55.000 Juden neben 600.000 Arabern in Palästina (Quelle: E. Piper, Tagesspiegel vom 4. November 2007). Dieses gehörte seinerzeit zum Osmanischen Reich. Dessen Niedergang war verbunden mit dem 1. Weltkrieg. Der britische Verbindungsoffizier T. E. Lawrence erhielt den Auftrag, die Araber zu Aufständen gegen die Herrschaft der Türken aufzuwiegeln. Lawrence führte die arabischen Stämme in einem Guerillakrieg erfolgreich an, festgehalten im Film Lawrence von Arabien aus dem Jahr 1962. Die gegen die Osmanen verbündeten Mächte Großbritannien und Frankreich steckten ab 1915 ihre Interessen im Nahen Osten ab. Den Arabern wollte man scheinbar die Gründung eines eigenen Staats ermöglichen. Das geheim gehaltene Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien von 1916 ließ das aber so nicht zu.

Am 2. Noveber 1917 veröffentlichten die Briten die Balfour-Deklaration, benannt nach dem damaligen englischen Außenminister, mit folgendem Satz: »Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird alles dafür tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Es muss dabei klar sein, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina (...) beeinträchtigen könnte.« Großbritannien hatte es mit der Balfour-Erklärung nun geschafft, den Zionisten dasselbe Territorium in Aussicht zu stellen, was kurz zuvor bereits den Arabern als Teil des Staatsgebiets versprochen wurde. Nach der Konferenz von San Remo 1920 übernahmen die Briten das Mandat über Palästina. Zur Gründung eines arabischen Staats kam es nicht. Der Zuzug von Juden in das Land ihrer Vorfahren verstärkte sich insbesondere ab 1933.

Die Geschehnisse zum Nahostkonflikt sind umfangreich. Ein wesentlicher Aspekt zum Gesamtverständnis sind die Auswirkungen des 1. Weltkriegs und die Balfour-Erklärung.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de




Die couragierten Ärztinnen Dr. Monika Jiang (l.) und Dr. Bianca Witzschel benötigen moralische Unterstützung bei ihren Prozessen im November und Dezember. Fotos: Videostill/free-people.online

MUT-ÄRZTE VOR GERICHT

Die Einschüchterungsprozesse gehen weiter | Von Hendrik Sodenkamp

»Kritische Ärzte werden in Deutschland wegen vermeintlich falschen Attesten gejagt und für Jahre hinter Gittern eingesperrt«, so der Menschenrechtler Roman Mironv in einem Videoaufruf am 6. November 2023. Er wies dabei auf die Gerichtsverfahren der Medizinerinnen Dr. Monika Jiang und Dr. Bianca Witzschel hin.

Dr. Monika Jiang wurde Anfang des Jahres zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt, ohne Bewährung. Der Grund: Sie hatte Maskenatteste ausgestellt. Gegen dieses drakonische Urteil geht sie nun in Berufung am Landgericht Mannheim. Verhandlungen finden dort am 16. und 23. November jeweils um 9 Uhr statt. Die Adresse ist A1 1, 68159 Mannheim.

Auch in Sachsen findet ein Verfahren gegen eine menschenfreundliche Ärztin statt. Am 14. und am 29. November, sowie am 6., 19. und 20. Dezember wird am Landgericht Dresden (Roßbachstr. 6, Dresden) jeweils ab 9 Uhr der Fall von Dr. Bianca Witzschel verhandelt, die Menschen vor der Kinderschändermaske und der Giftspritze geschützt hatte. Dr. Bianca Witzschel befindet sich seit acht Monaten in U-Haft, welche sie brechen soll.

Der vorgeschobene Straftatbestand »Ausstellung falscher Gesundheitszeugnisse« hatte vor Corona nur bei Versicherungsbetrug oder dem Erschleichen von staatlichen Leistungen eine Rolle gespielt und laut Aussage von Anwälten ein absolutes Nischendasein im deutschen Recht gefristet. Im Laufe von Corona wurde der Paragraph von willfährigen Politikern zu einer Waffe gegen unliebsame Ärzte ausgebaut, welche es sich erlaubten, auf dem Nürnberger Kodex zu beharren.

»Wir müssen echte Solidarität und Zusamenhalt zeigen«, so der Menschenrechtsaktivist Mironov, der wie der DW dazu aufruft, die mutigen Ärzte bei Gericht mit Anwesenheit und Zuspruch zu unterstützen.

Diese Unterstützung erhielt am 8. November 2023 die Potsdamer Ärztin Dr. Martina Herrmann. Diese war wegen ihres Widerstandes gegen die Weitergabe von Patientendaten, und ihrer Weigerung bei den Corona-Zwangsmaßnahmen samt Genspritzen mitzuwirken, zur Kassenärztlichen Vereinigung des Landes Brandenburgs zitiert worden, um sich dort einem Disziplinarverfahren zu unterziehen. Rund 50 Demokraten versammelten sich laut Bericht des anwesenden Aktivisten Björn Banane vor dem Gebäude in Potsdam, um ihre Solidarität auszudrücken.

Am Ende des Tages erhielt sie – da sie sich »nicht disziplinieren lasse« – einen Verweis der Ärztevereinigung und stehende Ovationen der demokratischen Unterstützer. Sei sei nun dazu verpflichtet, die Vorgaben, die an sie gerichtet werden, »ganz akribisch einzuhalten«, so die Ärztin im Anschluss an die Sitzung gegenüber Björn Banane. Dies werde sie auch vollauf und total tun, gab sie mit einem Lächeln zu Protokoll.



Plakat in Kiel am 4. November 2023 (l.). Mit guter Laune im Widerstand unterwegs: Demokratie- und Friedensaktivisten in Illertissen am 5. November (r.). Foto: Telegram/privat.

MITHILFE GEFRAGT! DW-DOSSIER »DER MAGGUS«



Er stellte sich Mitte 2020 der Demokratiebewegung als ihr Anwalt vor und sammelte massiv Spenden ein: Markus Haintz. Mit den Spenden werde er etwas für die Bewegung und deren Menschen tun. Das tat »der Maggus« bis heute nicht. Telegram? Ist kostenlos.

Schon wenige Monate später begann Haintz, relevante Köpfe der Demokratiebewegung zu verleumden. Er stand u.a. hinter der Inhaftierung des Bürgerrechtlers Michael Ballweg, schickte Fantasierechnungen für nichts an Demokratinnen, diente sich Konzernmedien und umstrittenen staatlichen Stellen als »Informant« an u.s.w. u.s.f.

Seit zwei Jahren verschafft sich Markus Haintz Zugang zu Geldmitteln, indem er Abmahnungen an Dutzende unterschiedliche Entitäten und Personen in der Demokratiebewegung verschickt – und diese jeweils den Opfern in Rechnung stellt. Das Abmahn-Business ist ein bekanntes Modell beschäftigungsloser oder gieriger Rechtsanwälte, das Schwächen des BRD-Rechtssystems ausbeutet. Haintz vergeht sich damit zum zweiten Mal in relevantem Umfang an der Demokratiebewegung insgesamt und je einzelnen Menschen.

Der DW hat bereits lückenlos und ohne jeden Zweifel bewiesen, dass Markus Haintz nicht im Interesse seiner Mandanten, der Demokratiebewegung und seiner Zusagen agiert. Es geht im Fall Haintz längst nicht um Kleinkram oder darum, dass »beim Maggus im Telegram auch öfter mal was Gutes drinsteht«. Dagegen haben wir vom DW nichts, im Gegenteil.

Es geht nun darum, diesem Betrüger, der eine zunehmende Zahl leichtgläubiger Menschen substantiell schädigt, das Handwerk zu legen – in Sinne der Eindämmung bzw. Beendigung solcher Betrügereien in unser aller Bewegung.

Für das DW-Dossier »Akte Maggus Haintz« suchen wir Opfer der Geschäftspraktiken und des Denunziantentums des Fake-Anwaltes mit Belegen (z. B. Fotografien oder Scans der von Haintz versendeten Rechnungsstellungen oder Links u.s.w. u.s.f.) mit einer kurzen Erklärung des jeweiligen Haintz-Opfers dazu.
An: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

und – **WICHTIG** – dies mit dem Betreffsfeld »DER MAGGUS«.

DW sichert Quellenschutz, Anonymität wenn gewünscht, sowie solide Verfahrensweise und Information vor Veröffentlichungen sowie möglichen Prozessen vor! Wir können zudem, wenn gewünscht, für entsprechende Gegenmaßnahmen bis zu einem gewissen Grad organisatorisch und unterstützend hilfreich sein (z.B. Rechtsvertretung).
Vielen Dank.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Seit dem 17. April 2020

DIE BESTE ZEITUNG DER REPUBLIK

mit mittlerweile 154 Ausgaben einseh- und bestellbar auf demokratischerwiderstand.de«

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



NICHTOHNEUNS.DE



NICHTOHNEUNS.DE

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

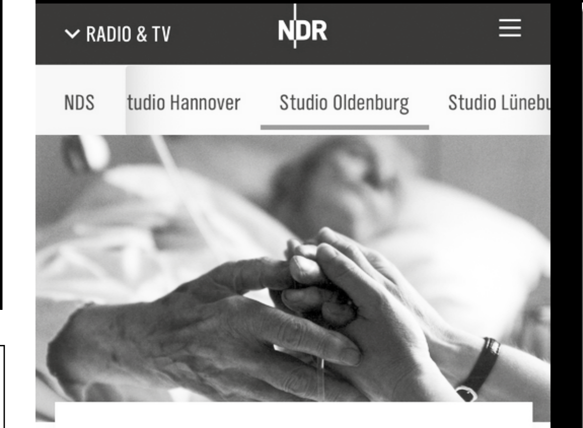


NICHTOHNEUNS.DE

RICHTIG ERINNERN!

RADIO & TV NDR

NDS Studio Hannover Studio Oldenburg Studio Lünebu



Corona-Tote im Seniorenheim: Landkreis gegen Obduktion

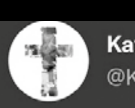
Stand: 26.02.2021 10:03 Uhr

Obwohl in einem Emsteker Seniorenheim trotz zweifacher Corona-Impfung sechs Personen mit Corona gestorben sind, hält der Landkreis Cloppenburg weitere Untersuchungen für unnötig.



Ministerpräsident Kretschmer
Kein Bußgeldverfahren

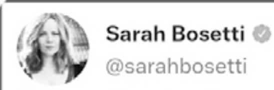
Dresden. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer muss keine Corona-Strafe zahlen. Die Dresdner Bußgeldbehörde entschied, kein Verfahren einzuleiten. Der Vorwurf lautete, Kretschmer habe bei Gesprächen mit Demonstranten im Großen Garten gegen Mindestabstand und Maskenpflicht verstoßen. Er habe dabei als Teil der Staatsregierung gehandelt, so die Behörde. Veranstaltungen der Staatsregierung seien von entsprechenden Regelungen der Corona-Schutzverordnung ausgenommen. (SZ)



Katholisch
@Katholisch

Ungeimpfte haben keine Chance aufs Himmelreich, weil sie geimpfte Menschen in ihrer Freiheit einschränken und sogar töten.

20:55 · 10 Nov. 21 · Twitter Web App



Sarah Bosetti
@sarahbosetti

Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes.

(6:57 nachm. · 3. Dez. 2021)



ZDFheute
@ZDFheute

Immunologin zu mRNA-Impfstoffen: Langfristige Nebenwirkungen "ausgeschlossen"



zdf.de
Immunologin zu mRNA-Impfstoffen: Langfristige Nebenwirkungen "ausgeschl...

22:58 · 27.12.21 · ZDFheute



Polizei München
@PolizeiMuenchen

Nein, ein Buch auf einer Bank lesen ist nicht erlaubt.

08:26 · 07.04.20 · SocialHub by maloon

IMPFHELD UGUR SAHIN IN BILD

Geimpfte sind NICHT mehr ansteckend!



Ugur Sahin ist gemeinsam mit seiner Ehefrau Özlem Türeci Gründer und Vorstandsvorsitzender des Corona-Impfstoff-Unternehmens Biontech und seit 2006 Professor an der III. Medizinischen Klinik der Uni Mainz

Quelle: dpa

SPENDEN, HELFEN, EHRENAMT: Warum es guttut, Gutes zu tun

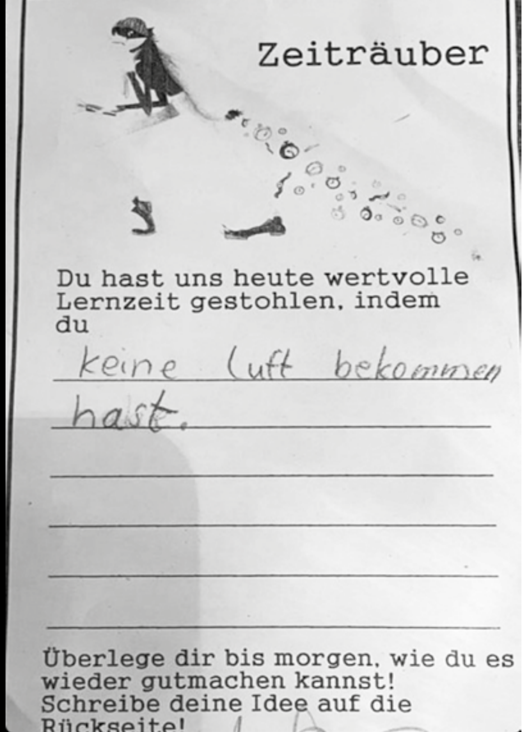
Ein Akt der Nächstenliebe
IMPFEN
Was Sie jetzt wissen müssen

ERSATZFAMILIE Wie Pflegekinder bei neuen Eltern zur Ruhe kommen

„FREIHEIT OHNE VERANTWORTUNG KANN ES NICHT MEHR GEBEN" Ökonom und Mediziner Stefan Brunnhuber über unsere Zukunft







Konzernwissenschaftler um die Nudging-Psychologin Cornelia Betsch wollen mit einer Studie herausgefunden haben, dass wir uns an die Lügenpandemie unter dem Stichwort Corona »falsch erinnern«. Der Journalist Henning Rosenbusch startete deshalb am 2. November 2023 eine Internetkampagne unter dem Stichwort #RichtigErinnern«. Auf dieser Seite sind einige dieser Netzfunde zur erneuten historischen Dokumentation auf Papier festgehalten. Quelle: Twitter

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

WWW.DIGITALER-AKTIVIST.DE

Seit dem 21. November 2021 bin ich Abonnentin Ihrer Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und bin von ihr begeistert. Jede Woche erwarte ich mit Spannung, dass die neue Ausgabe in meinem Briefkasten liegt. Zudem möchte ich mich bei Ihnen für Ihre unermüdliche Recherche- und Aufklärungsarbeit bedanken, nicht nur zum Dauerschleifenthema »Corona«. Bitte lassen Sie in Ihren Bemühungen nicht nach. Ich kann mir lebhaft vorstellen, unter welch erschwerten Bedingungen Sie den *Demokratischen Widerstand* produzieren müssen. Jedoch bin ich felsenfest davon überzeugt, dass es in Deutschland zahlreiche Menschen gibt, die rechtschaffen sind und noch soviel Intelligenz besitzen, dieses Intrigenspiel, das sich »Regierungsarbeit« nennt, zu durchschauen. Aber dazu braucht man eben Hintergrundinformationen, die nicht von den »Leitmedien« verbreitet werden. Aus diesem Grund brauchen wir Sie.

Mein eigentliches Anliegen ist: In mehreren Ausgaben des DW war die Rede vom »Freiheitshandy«, welches von Michael Ballweg entwickelt wurde. Gibt es dieses Freiheitshandy irgendwo zu erwerben? Und wenn ja, wo? Es würde mich freuen, wenn ich auf meine Anfrage eine Antwort von Ihnen erhalten würde, und kann Ihnen versichern, dass der *Demokratische Widerstand* auch in Bayern gelesen wird.

– Elisabetz B., Bayern

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

ALLE ZEICHEN AUF KRIEG

Die Staaten der Welt polen ihre Wirtschaft auf Konfrontation
Von Hendrik Sodenkamp

Der Krieg in der Ukraine soll weitergehen. Am 4. November 2023 sagte das US-Verteidigungsministerium der Ukraine erneute Waffenhilfe in Höhe von 425 Millionen Dollar zu.

Wie die bundesregierungsnahe Tagesschau meldete, sollen dem osteuropäischen Land Waffen im Wert von 125 Millionen Dollar geliefert und außerdem für weitere 300 Millionen Dollar »lasergesteuerte Munition zur Abwehr von Drohnen« von den USA bei der Rüstungsindustrie bestellt werden. Damit lösen sich gehegte Hoffnungen von Kriegskritikern in Luft auf, dass die Haushaltsstreitigkeiten in den USA zu einem Stopp von Waffenlieferungen an die stagnierende Nato-Ostfront führen und damit die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen schaffen würden.

Dies kann auch als »Erfolg« des ukrainischen Präsidenten Selenskis gewertet werden. Dieser hatte in einem Interview mit dem US-Magazin Time, das am 30. Oktober 2023 veröffentlicht wurde, geäußert, dass er eine »Welle der Kriegsmüdigkeit« bemerke. »Das Erschreckendste ist, dass sich ein Teil der Welt an den Krieg in der Ukraine gewöhnt hat«, so Selenski. Die Öffentlichkeit sei nicht mehr in dem Maße fasziniert vom Sterben im Osten, sehe den Krieg wie eine Show und wolle sich »diese Wiederholung nicht zum zehnten Mal ansehen«, so Selenskyi gegenüber dem US-Magazin. »Niemand glaubt so sehr an unseren Sieg wie ich. Niemand.«

Das Time-Magazin unterstützt Selenski tatkräftig in seinen Waffenforderungen und zitierte einen »anonym bleibenden Mitarbeiter« des ukrainischen Präsidenten. Selenski fühle sich von seinen westlichen Partnern verraten, so die geheimnisvolle Quelle. Die westlichen Partner – also auch die Bundesregierung – hätten der Ukraine nicht die Mittel für einen Sieg gegeben, sondern nur die Mittel, um den Krieg zu überleben. Bei solchen Einblicken in die Gefühlswelt des Präsidenten muss man einfach schwach werden: Nun kommen sie, die neuen Waffen, auch wenn keine Geländegewinne im Osten mehr zu erwarten sind.



Im Gegensatz zu den Kriegstreibern weltweit, weiß dieser Friedensaktivist, worauf es in diesen Zeiten ankommt. Foto: Georgi Belickin/DW.

MACHEN, WAS WIRKLICH ZÄHLT

Russland selber kündigte nun an, im Jahr 2024 den Verteidigungshaushalt auf umgerechnet rund 109 Milliarden Euro zu erhöhen – fast doppelt so hoch wie 2023. Russland würde somit rund ein Drittel seines Haushalts in Waffen stecken.

In Deutschland kursiert im Zusammenhang mit dem sogenannten Zwei-Prozent-Ziel der Nato die Vorstellung, dass die Bundesrepublik nur einen kleinen Teil der Steuergelder (zwei Prozent) in Kriegsvorbereitungen stecke. Tatsächlich belaufen sich die Ausgaben für die deutsche Rüstung im Jahr 2024 mit 60 Milliarden Euro auf rund 12,5 Prozent des Staatshaushaltes. Der russische Staat wird mit seinen 109 Milliarden Euro Ausgaben zudem niemals in die Nähe der US-Rüstungsausgaben von derzeit rund 877 Milliarden US-Dollar kommen. Russland finanziert sich diesen Anstieg des Kriegshaushaltes mit gesteigerten Erlösen aus Rohstoffeinnahmen. Der nun erneut aufgeflammte Nahostkrieg soll laut Experten zu einem weiteren Anstieg der Öl- und Gaspreise führen, was dem russischen Haushalt zugute kommt.

DEN PANZER GRÜN ANMALEN

Deutschland hat es da schwieriger. Die Rezession ist voll da und wird wohl bleiben. Doch wie wir es aus den vergangenen Jahren gewohnt sind, verkündeten die sogenannten Wirtschaftsweisen Erfolgsmeldungen. Das »wissenschaftliche« und »unabhängige« Beratergremium (ähnlich wie der Ethikrat) hatte Anfang des Jahres 2023 noch verlautbart, dass die ökonomische Lage der Bundesrepublik schlecht aber nicht ernst sei. Nun mussten sie ihre Prognose nach unten korrigieren. Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Robert Habeck korrigierten sie, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands um 0,4 Prozent im Jahr 2023 schrumpfe. Aber – wer hätte das gedacht – »2024 soll die Wirtschaft nach übereinstimmender Erwartung der Bundesregierung und der Institute zumindest wieder um 1,3 Prozent wachsen«, meinte die Tagesschau die Durchhalteparole der Bundesregierung zu vermelden, denn selbstverständlich hat Robert Habeck einen Plan: seine geniale Industriestrategie, über die wir in DW-Ausgabe 153 berichteten.

Selbstverständlich ging diese nicht auf einen Einfall Habecks zurück, sondern auf den Einfluss demokratisch nicht legitimierter Bürokraten in der EU-Kommission. Diese legte bereits im März 2023 ein sogenanntes »Gesetz zu kritischen Rohstoffen für die Zukunft der EU-Lieferketten« vor. Dieses zielt laut Kommissions-Internetseite darauf ab, »die Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen zu verbessern und zu diversifizieren«, die »Kreislauffähigkeit, einschließlich des Recyclings zu stärken« sowie »die Forschung und Inoviation in den Bereich Ressourceneffizienz und Entwicklung von Ersatzstoffen zu unterstützen«.

Wegen solch blumiger Worte gelang es der Presseabteilung der Bundesregierung im März 2023 dieses Gesetzpapier als »wichtigen und dringend erforderlichen Beitrag für die Klimaneutralität Europas« zu verkaufen. Dabei geht es diesem Gesetz ausdrücklich darum, »strategische Technologien im Raumfahrt- und Verteidigungssektor« zu befeuern. Die Kriegsvorbereitungen gehen in der EU also weiter. Im Juni 2023 gab der europäische Rat seine Stellungnahme zum Rohstoffbeschaffungsprogramm ab, die Verhandlungen laufen.

MANAGER STELLEN SICH AUF VERHÄLTNISSE EIN

Kritisch wird das Vorhaben von Wirtschaftsverbänden gesehen. So meldete die Deutsche Industrie und Handelskammer im Juli 2023: »In der nun vorgelegten Wirtschaftssicherheits-Strategie sowie in aktuell diskutierten EU-Vorhaben – beispielsweise dem Critical Raw Materials Act – sind Vorschläge enthalten, die sich deutlich vom freien Handel und offenen Märkten entfernen.« Kurz: Die Wirtschaftsverbände befürchten den Einbruch der Geschäfte, doch die Regierungen wollen Krieg vorbereiten. Die »Entwicklung von Ersatzstoffen« war in Kriegszeiten immer schon eine wirtschaftliche Priorität, man denke an den schon überaus köstlich klingenden Muckefuck.

Die Welt und im Besonderen die Nato-Zone bereitet sich also auf große militärische Abenteuer vor. Dabei gäbe es im Inland ausreichend zu tun. So ergab nun eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht, dass mehr als jeder zweite Rentner in Deutschland, der 40 Jahre oder mehr gearbeitet hat, weniger als 1.400 Euro Rente monatlich bekommt. 2,5 Millionen Rentner haben laut Angaben des Ministeriums sogar noch weniger als 1.200 Euro monatlich zur Verfügung.

GEBROCHENE VERSPRECHEN

Hochrechnungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe gaben zudem an, dass mehr als 600.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung seien, rund 60 Prozent mehr als noch im Jahr 2022. Dabei kämen die meisten den Angaben zufolge vorübergehend bei Verwandten, Freunden oder Bekannten unter, hätten aber keine eigene Wohnung. Rund 50.000 Menschen lebten auf der Straße. Hauptgrund sei fehlender bezahlbarer Wohnraum und die steigenden Zahlen von Flüchtlingen in Deutschland, so eine Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft. Beide Projekte – Schaffung von mehr Wohnraum und die Reduzierung der Flüchtlingszahlen – waren von der Bundesregierung vollmundig angekündigt worden. Doch statt Rente, sozialen Frieden und Wohnungen gibt es Marschflugkörper, Muckefuck und Flüssiggas vor Rügen.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

FINANZIELLES DESASTER

1963 wurden sie ins Leben gerufen: die Wirtschaftsweisen. Ein beratendes Gremium, ein Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Mitglieder werden überwiegend von der Bundesregierung vorgeschlagen, vom Bundespräsidenten auf die Dauer von fünf Jahren berufen. Sie treffen sich regelmäßig und im November gibt es das Jahresgutachten, gerade eben an unseren stets grinsenden Herrn Scholz übergeben. Dabei gibt es hier nichts zu grinsen, außer man denkt an verschwundene *Notebooks*. Zum Lachen ist den meisten Unternehmern schon lange nicht mehr.

Das Motiv des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard war eine unabhängige Beratung der Politik durch ökonomische Fachleute. Denn, so Zitat Erhard, der der eigenen Politik skeptisch gegenüberstand, »die Sucht der Regierenden und Parlamente populäre Maßnahmen zu vollziehen, führt in letzter Konsequenz zur Zerstörung der demokratischen Ordnung«. Was würde er wohl heute zu dem steten Demokratieabbau sagen, der aktuell und insbesondere seit 2020 in unserer Politik und Gesellschaft wahrnehmbar geschieht und der von Minderheiten gewählten Zöglingen des Weltwirtschaftsforums vorangetrieben wird?

In all den Jahren hagelte es oft harsche Kritik. So mancher Bundeskanzler bis hin zu Schröder mit der Agenda 2010 hat seit Konrad Adenauer dieses Gremium als die Laus im Pelz empfunden und auch gefürchtet.

Für 2023 sind sie sich einig: Die deutsche Wirtschaft schrumpft um 0,4 Prozent – von vorhergesagter Erholung keine Spur. Und das Wachstum 2024 wird prognostiziert mit 0,7 Prozent und somit deutlich geringer als von der Bundesregierung mit 1,3 Prozent vorhergesagt. Die Ursachen liegen laut Bericht in der jahrelangen Ignoranz der wirklich ursächlichen Probleme: Finanzierung der deutschen Wirtschaft, Rentenpolitik, Alterung der Gesellschaft, sinkende Produktivität, Bürokratieabbau... Es ist ein einziges finanzielles Desaster.

Die Vorschläge im Bericht zur Besserung sprechen auch von der Rente mit 69, mehr gezielter Zuwanderung und von einem höheren Erwerbsanreiz für Bürgergeldempfänger. Ja, da haben sich die Wirtschaftsweisen das Lächeln des Herrn Bundeskanzler aber auch wirklich verdient. Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Investorenschiedsgerichte gehören abgeschafft!

Ein Prozess um bizarre Milliardenentschädigung für betrügerische Musikproduzenten zeigt, dass private Investorenschiedsgerichte irreparabel korrumpiert sind | Von Norbert Häring

Ein britisches Gericht hat eine 11 Milliarden Dollar schwere Entschädigung annulliert, die Nigeria an die Firma zweier Glücksritter zahlen sollte, die von Vertragsanbahnung bis Schiedsgerichtsverfahren durchgängig betrog und bestach.

Der Richter warnte, das Ganze hätte leicht Nigerias Staatsfinanzen ruinieren können. Die Investorenschiedsgerichte seien aufgrund der oft sehr hohen Entschädigungen sehr anfällig für Glücksrittertum und Korruption.



Die »regelbasierte Weltordnung« der Schiedsgerichte hat einen militärischen Arm, der ihre Forderungen durchsetzt. Demokrat im Sommer 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

»SCHADENSERSATZ« FÜR NICHTS

Der ehemalige Musikproduzent Michael Quinn gründete mit einem ebenfalls irischen Kompagnon auf den Britischen Jungferninseln die Firma Process & Industrial Development (P&ID). Wie das Fachmagazin *Global Arbitration Review* am 23. Oktober aus dem Revisionsurteil berichtete, bestach diese Firma eine nigerianische Beamtin, um 2010 den Vertrag über den Bau eines Gaskraftwerks an Land zu ziehen. Ohne ansonsten irgendwas nennenswertes getan zu haben, klagte das Duo schon 2012 vor einem Investorenschiedsgericht in London auf Schadenersatz. Angeblich hatte der Staat nicht genügend Infrastruktur bereitgestellt, um das Projekt zu realisieren.

Die Schiedsgerichte bestehen in der Regel aus je einem von der Klägerseite und der Beklagtenseite vorgeschlagenen Anwalt einer internationalen Kanzlei und einem vom Träger des Schiedsgerichts bestimmten weiteren Anwalt als Vorsitzendem. Da in der Regel – aber nicht immer – die von den Parteien benannten Schiedsrichter mit diesen stimmen, hängt meist alles daran, wie ernst eine einzelne Person, der Vorsitzende, ihre Aufgabe nimmt und wie sie entscheidet.

Das Schiedsgericht sprach den beiden die absurde Summe von 6,6 Milliarden. Dollar »Schadensersatz« zu. Mit Zinsen, die ebenfalls viel zu hoch angesetzt wurden, wären das inzwischen 11 Milliarden Dollar. Derartige Exzesse gibt es bei diesen Mickey-Maus-Gerichten immer wieder, weil sich eingebürgert hat, mit irgendwelchen Rechenmodellen absurd hohe Gewinne zu ermitteln, die man angeblich hätte erzielen können, um diese dann zur Grundlage des Schadenersatzes zu machen. Ob man – abgesehen von Korruptionszahlungen – irgendwelche Kosten hatte, ist unwichtig.

GERICHTSVERFAHREN ALS GESCHÄFTSMODELL

Mit einer ersten Anfechtung des Urteils scheiterte Nigeria. Dann erfuhr die nigerianische Regierung durch eine glückliche Fügung von unsauberen Machenschaften der Anwälte der Firma während des Schiedsverfahrens und konnte damit eine Wiederaufnahme erreichen. Es stellte sich heraus, dass es Falschaussagen gegeben hatte. Außerdem war es der Anwaltskanzlei der Firma – mutmaßlich durch Bestechung – gelungen, an die internen Unterlagen der nigerianischen Seite in Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren zu kommen. Dadurch hatten sie einen illegitimen Wissensvorsprung.

Abgesehen davon stellte der Richter verklausuliert fest, dass die Berechnung der Schadenshöhe und der Zinsen hanebüchen war, der von Nigeria benannte Schiedsrichter viel zu passiv war und auch der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Schadensberechnung nicht ausreichend hinterfragte. Die nigerianische Regierung kümmerte sich praktisch nicht um das Schiedsverfahren. Das wirkt im Nachhinein dumm und inkompetent. Wenn man aber bedenkt, dass sie sich zwei Glücksrittern gegenübersah, die keinerlei Investitionen im Land getätigt hatten, wird es verständlich. Normale Menschen rechnen ja nicht damit, das solche Leute eine »Entschädigung« in Milliardenhöhe zugesprochen bekommen könnten.

Der Londoner Richter warnte nun, dass solche Fehler in der etablierten Praxis der Schiedsgerichte angelegt seien und jederzeit wieder passieren können. Er stellt auch fest, dass nicht viel gefehlt hätte, und die beiden kriminellen Glücksritter mit ihren korrupten Londoner Anwälten hätten das größte Land Afrikas um einen Großteil der Steuereinnahmen eines Jahres erleichtert. Bei den beiden Anwälten wären im Erfolgsfall mehrere Milliarden Dollar hängengeblieben.

FAZIT

Die Investorenschiedsgerichtsbarkeit ist irreparabel korrumpiert durch Anreize für die Schiedsrichter und Kläger, die dafür gesorgt haben, dass es regelmäßig um viel zu viel Geld geht. Entscheidungen über Schadenersatz bei Enteignungen gehören vor ein ordentliches Gericht.



Norbert Häring, geb. 1963, ist promovierter Volkswirt und Wirtschaftsjournalist. Er schreibt u. a. für das Handelsblatt.

Dieser Text erschien auf dem unabhängigen Presseportal apolut.net, *wo er als Audiostrecke anhörbar ist.*

MELDUNG

INDUSTRIEPRODUKTION IN DEUTSCHLAND SINKT WEITER

Wiesbaden/DW. Die Schwäche der deutschen Industrie setzt sich ungebremst fort: Die Produktion der deutschen Unternehmen ist im September bereits zum vierten Mal in Folge gesunken und ging im Vergleich zum Vormonat um 1,4 Prozent zurück. Dies teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag mit. Es ist der größte Rückgang seit März und deutlicher als von Volkswirten erwartet. Damit droht der deutschen Wirtschaft eine neue Rezession, nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits im zweiten Quartal 2023 um 0,1 Prozent gesunken war. (kmü)

GESCHÄFTSKLIMA IN AUTOINDUSTRIE VERSCHLECHTERT SICH

München/DW. Wie das Ifo-Institut am 2. November mitteilte, hat sich das Geschäftsklima der deutschen Autoindustrie weiter abgekühlt. Im Oktober fiel der Indikator auf minus 16,1 Punkte (September: minus 14,6 Punkte). »Die Unternehmen der deutschen Autoindustrie bewerten ihre aktuelle Geschäftslage deutlich schlechter als im Vormonat«, erklärte Anita Wölfl, Fachreferentin am Ifo-Zentrum. Auch der Lageindikator der deutschen Automobilindustrie sank im Oktober: auf 9,2 Punkte (nach 20,3 Punkten im September). (kmü)

STARKER RÜCKGANG BEI EXPORTEN

Wiesbaden/DW. Wie das Statistische Bundesamt am 3. November mitteilte, sind die deutschen Exporte im September überraschend stark gesunken – um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vormonat auf 126,5 Milliarden Euro Warenwert. Experten hatten mit einem Rückgang von nur 1,1 Prozent gerechnet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat liegt das Minus sogar bei 7,5 Prozent. Insbesondere die Ausfuhren nach China (minus 7,3 Prozent auf 7,7 Milliarden Euro Warenwert) und in die USA (minus 4,0 Prozent auf 12,8 Millionen Warenwert) gaben deutlich nach. Die USA bleiben damit dennoch das wichtigste Abnehmerland für deutsche Produkte. Experten bezeichnen den ungebrochenen Abwärtstrend als beunruhigend. (kmü)

WEITERE US-BANK IST PLEITE

Sac City/DW. Die Citizens Bank in Sac City (Iowa) ist pleite. Dabei handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Bank. Diese war auf Transportunternehmen spezialisiert, einer Branche, die zwei sehr schwierige Jahre hinter sich hat. Viele Speditionsunternehmen mussten ihr Geschäft aufgeben. Problem: Es gibt zu viele LKWs, die zu wenig Fracht transportieren. Da die Transportbranche als einer der Hauptindikatoren für die Wirtschaftsleistung eines Landes gilt, ist die Pleite der Citizens Bank, die sich auf gewerbliche und industrielle Kredite konzentrierte, als besorgniserregend einzustufen. (kmü)

12.000 TOTE IN VIER WOCHEN

Über den Krieg im Nahen Osten | BERICHT von Hendrik Sodenkamp

Eine Atombombe auf Gaza? »Das ist eine Option«, meinte der israelische Minister für Kulturerbe, Amichai Elijahu, am 5. November 2023 im Radio. Er wurde umgehend von Regierungschef Benjamin Netanjahu von seinem Posten suspendiert. Die Aussage zeigt jedoch die geistige Stimmung in den Nato-Köpfen.

Der deutsche Journalist Julian Reichelt hatte es gefordert und auch Springer-Chef Mathias Döpfner argumentierte in die Richtung: Wenn man Krieg gegen das absolut Böse führt, sind sämtliche Verbrechen erlaubt. Denn immerhin hätten ja auch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg einen völkerrechtswidrigen Bombenkrieg gegen Nazideutschland geführt und niemand hätte sich damals über Kriegsverbrechen gegenüber »der unschuldigen deutschen Nazibevölkerung« aufgeregt, so Reichelt. Warum also mit den Palästinensern anders umgehen? – Hitler geht immer.

MENSCHEN RETTEN STATT RACH

So verroht wie die deutsche Öffentlichkeit ist, scheinen Teile der israelischen Bevölkerung nicht zu sein. So gab es in Israel vielerorts Demonstrationen für den Rücktritt der Regierung Netanjahus. Ihm wird vorgeworfen, mit der Bodenoffensive und den Luftschlägen in Gaza die Freilassung der rund 240 von der Hamas verschleppten Geiseln zu verhindern. Laut Meldung der Hamas sind 60 israelische Geiseln in



Demonstranten in Washington tragen ein Transparent mit tausenden Namen von getöteten Palästinensern. Foto: Videostill/anonym



Kein Angriff auf sonder Ausdruck von Demokratie: Tausende Israelis demonstrieren am 4. November 2023 vor dem Wohnhaus des Regierungschefs Benjamin Netanjahu für eine sichere Freilassung der Geiseln. Foto: Videostill

Folge eines Luftangriffes vermisst, 23 seien unter Trümmern verschüttet. Insgesamt wird die Zahl der israelischen Geiseln auf 240 geschätzt.

Doch die israelische Regierung lässt weiter vorrücken. Am 5. November 2023 gab sie bekannt, dass der Gazastreifen von der israelischen Armee in zwei Hälften geteilt wurde. Es gebe nun »ein Nordgaza und ein Südgaza« so der israelische Militärsprecher Daniel Hagari. Präsident Netanjahu gab bekannt, dass er auf »unbestimmte Zeit« die Zuständigkeit für die Sicherheit im Gazastreifen an Israel reißen werde. Israel strebe zwar »keine vollständige Okkupation an«, aber man hätte gesehen, »was passiert, wenn wir (Israels Regierung) sie (die Verantwortung) nicht haben«, so Netanjahu in einem Fernsehinterview am 6. November 2023. Der Oppositionsführer Yair Lapid stimmte den Plänen Netanjahus zur Übernahme der Kontrolle zu. Nach dem Angriff der Hamasterroristen war es in Israel zu einem Pakt zwischen israelischer Opposition und Regierung gekommen.

Ob die »Konntrolle über die Sicherheit« neben der polizeilichen und militärischen auch die dauerhafte Kontrolle über Infrastruktureinrichtungen wie Krankenhäuser, Schulwesen, Elektrizität und Benzinversorgung oder das Internet bedeutet, ist noch unklar. Immer wieder schaltete Israel in den vergangenen Wochen im Gazastreifen das Internet ab. Der weltberühmte Philosoph Giorgio Agamben, unser Mitherausgeber, kommentierte dies am 30. Oktober 2023 mit den Worten: »Wissenschaftler des Instituts für Pflanzenforschung der Universität Tel Aviv haben in den letzten Tagen bekanntgegeben, dass sie mit speziellen ultraschallempfindlichen Mikrofonen die Schmerzensschreie von Pflanzen aufgezeichnet haben, die diese aussenden, wenn sie geschnitten werden oder wenn ihnen Wasser fehlt. In Gaza gibt es keine Mikrofone.«

Bislang sollen in dem Krieg rund 1.500 Israelis gestorben sein sowie rund 10.000 Palästinenser, darunter 4.000 Kinder. Die Mehrzahl der Opfer auf beiden Seiten sind Zivilisten.

WAFFENRUHE

Forderungen nach einer humanitären Waffenpause werden international lauter, bislang jedoch ohne Erfolg. Einen Waffenstillstand lehnt die israelische Regierung ab. Auf der gesamten Welt gehen Millionen Menschen für ein Ende des Krieges und eine friedliche Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf die Straße. Es ist eine symbolische Protestbewegung nie dagewesenen Ausmaßes und übertrifft in der Teilnehmerzahl selbst die Demonstrationen der weltweiten Demokratiebewegung ab 2020, da sie, anders als diese, gleichzeitig stattfinden.

ETHNISCHE SÄUBERUNG

Armenier verlieren Bergkarabach | BERICHT von Batseba N'Diaye

Die als hochbegabt bekannte deutsche Außenministerin Annalena Bärboch reiste am vergangenen Wochenende nach Armenien. Grund ist der Konflikt um die Region Bergkarabach.

Der jahrzehntelange Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach ist zu einem Ende gekommen, so sehen und beschwören es deutsche Medien.

Im September 2023 flohen mehr als Hunderttausend Armenier aus dem immer wieder umkämpften Gebiet vor den heranrückenden aserbaidschanischen Truppen. Sie fürchteten sich vor Massakern (DW berichtete), welche die aserbaidschanische Regierung jedoch als »Kriegspropaganda« bestreitet. Diese mehr als hunderttausend Menschen sind nun im kleinen armenischen Kernland mit rund 2,8 Millionen Einwohnern untergekommen.

Die armenische Regierung selbst zeigt wenig Interesse daran, die Region Bergkarabach zurück zu erobern, da auch die militärischen Aussichten schlecht stehen. Im Jahr 1991 war nach fortlaufenden Konflikten zwischen Armenien und Aserbaidschan in Bergkarabach ein basisdemokratisches Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt worden, ebenso hatte es 2006 und 2017 Verfassungsreferenden gegeben. Jedes Mal stimmte die Bevölkerung, die mehrheitlich aus Armeniern besteht, mit überwältigender Mehrheit für die Anbindung an Armenien. Auch deshalb ist die armenische Bevölkerung schockiert, wirft dem eigenen Präsidenten Volksverrat vor und hofft auf eine Änderung der Lage.

Bärbock reiste vor Ort, um den armenischen Präsidenten in seiner Politik zu bestärken, und um deutschen Einfluss in der Region zu stärken. Diese liegt im Spannungsfeld zwischen der Türkei, Russland und der muslimischen Welt. Armenien hat auch gute Beziehungen zu Russland, welche Bärbock zu kappen versucht.

In dem autoritär regierenden Präsidenten Aserbaidschans hat Deutschland nun einen »verlässlichen Partner« (Olaf Scholz) im Ölhandel gefunden, der Russland als Rohstofflieferant in Teilen ersetzen soll.

MELDUNG

HAFT FÜR KONSUM VON FALSCHEN INHALTEN

Jerusalem/DW. Er in Israel Propaganda der Hamas und des sogenannten Islamischen Staats konsumiert, muss laut Meldung des renommierten Wissenschaftsblogs tkp.at mit einer bis zu zwei Jahren währenden Haftstrafe rechnen. Der Verfassungsausschuss israelischen Parlaments, Knesset, hat demnach am Montag, den 6. November 2023, einen solchen Gesetzesvorschlag gebilligt. Das Gesetz muss noch durch das Plenum des Parlaments, was jedoch als Formsache gilt. Versichert wurde, dass »zufälliger, gutgläubiger oder zweckgebundener Konsum« keinen verbotenen Konsum darstellen würde. Wie die Gerichte dies auslegen werden, ist noch unklar. Digitalkonzerne sind laut Experten über diesen Gesetzesentwurf höchst erfreut, da es ihnen erlaubt, Überwachungsinstrumente nun auch zunehmend legal in Aktion erleben zu dürfen. (hes)

NICHT GENUG PROBLEME HABEN

Brüssel/DW. Die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen rief am 8. November 2023 einen historischen Tag aus: Ihre Behörde hat Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine empfohlen. Dies ist insofern ein Novum, da sich die Ukraine im Krieg befindet, was bislang als Ausschlusskriterium galt. Nun machen sich auch Regierungen in Ländern wie Moldau, Bosnien Herzegowina und Georgien Hoffnungen, dass die EU sich auch mit ihren Konflikten belasten wird. Der Entscheidung von der Leyens müssen erstaunlicherweise noch die EU-Staaten zustimmen. (hes)

DIE UKRAINE ALS GLÄNZENDES BEISPIEL

Kiew/DW. Der Präsident der lupenreinen Demokratie Ukraine, Wolodimier Selenski, gab am Montag, den 6. November 2023 bekannt, dass es in absehbare Zeit keine Wahlen in seinem Land geben wird. »Es ist jetzt die Zeit der Verteidigung, die Zeit der Schlacht, die das Schicksal des Staates und des Volks bestimmt. Es ist nicht die Zeit für Wahlen«, so Selenski in seiner allabendlichen Videoansprache auf Telegram. Beobachter meinen zu sehen, dass in dem Land die politische Front der nationalen Einheit bröckelt, angesichts des zunehmend aussichtslosen, dafür aber blutigen Stellungskrieg gegen Russland. Aus Washington wurde Verständnis für Selenskis Sorgen signalisiert. (hes)

WAHLEN SIND AUCH IRGENDWIE ALTMODISCH

Washington/DW. Eine repräsentative Umfrage sieht den ehemaligen US-Präsidenten und erneuten Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in fünf der sechs Swing States vorne. Diese sind entscheidend für den Sieg der Wahl. Bei der Wahl 2020 hatte der demokratische Kandidat Joe Biden in allen sechs Staaten gewonnen. Dabei war es zu erheblichen Ungereimtheiten gekommen. Der Präsident Donald Trump steht in den Medien erheblich unter Kritik. Andere halten ihm zugute, dass es unter seiner Präsidentschaft zum ersten Mal seit Jahrzehnten zu keinem neuen US-Nato-Krieg gekommen war. Im Jahr 2024 kommt es in den USA erneut zur Wahl. (hes)



Thomas Berthold ist heute kein großer Fußballgucker mehr: »Ich schaue mir nur noch sporadisch Spiele an, etwa das Finale der Champions League. Auch die Nationalmannschaft interessiert mich kaum noch.« Fit hält sich der 59-Jährige mit viel Sport, zudem achtet er auf eine gesunde Ernährung. Foto: privat.

»IN EINEM FA WOLLTE ICH N

Thomas Berthold, Fußball-Weltmeister von 1990 u medizinische Auffälligkeiten im Profifußball, sein in diesen Zeiten Mut und Rückgrat zu beweisen | I

DW: Herr Berthold, Sie haben mit 18 Jahren 1983 bei Eintracht Frankfurt Ihr Debüt in der Fußball-Bundesliga gefeiert. Es war der Startschuss für eine sehr erfolgreiche Karriere. Sie kickten später u. a. für Hellas Verona, AS Rom, Bayern München und den VfB Stuttgart. Wie blicken Sie heute mit 59 auf diese Zeit zurück?
Thomas Berthold: Ich habe meinen Traum gelebt. In Italien spielte ich in der damals stärksten Liga der Welt. Die Stadien waren voll, jedes Spiel ein Erlebnis. Die Höhepunkte meiner Karriere waren sicher meine drei WM-Teilnahmen, allen voran natürlich der Weltmeistertitel 1990.

DW: Sie waren ein Weltklasse-Innenverteidiger, technisch versiert, schnell und kompromisslos. Haben Sie das Maximum aus sich herausgeholt?
T.B.: Wir, also die damalige Generation der deutschen Nationalspieler, kannten nur ein Motto: *No pain, no gain (dt.: Kein Schmerz, kein Erfolg/Anm. d. Red.).* Wir haben in jedem Spiel bis zum Umfallen geracker, auch gegen innere Widerstände angekämpft. Ich war ein typischer Druckspieler: Je mehr auf dem Spiel stand, desto besser war meine Leistung. Dennoch muss ich sagen: Mit meinem heutigen Wissen, gerade in Bezug auf Ernährung und Regeneration, wäre noch mehr drin gewesen. Vor allem meine Zeit bei Bayern München von 1991 bis 93 verlief nicht so, wie ich es mir vorgestellt hatte.

DW: Nach einem schwierigen ersten Jahr und einem Disput mit Trainer Erich Ribbeck wurden Sie suspendiert und verbrachten die Saison 92/93 auf der Tribüne, weshalb der damalige Schatzmeister des Klubs Sie scherzhaft als »bestbezahlter deutsche Golfprofi nach Bernhard Langer« bezeichnete.
T.B.: Diese Bemerkung war völlig unqualifiziert. Leider war es so, dass ich nach meinem Wechsel aus Italien auf einmal ständig mit Verletzungen zu kämpfen hatte, was auch an meiner Psyche nagte. Ich kam bei den Bayern nie richtig in Tritt. Letztlich waren es zwei verlorene Jahre.

DW: Schlecht lief auch Ihre dritte WM-Teilnahme 1994. Titelverteidiger Deutschland scheiterte im Viertelfinale an Bulgarien. Sie kritisierten damals öffentlich Bundestrainier Berti Vogts …
T.B.: Die Enttäuschung war bei uns allen riesig. Mit Berti Vogts habe ich heute ein gutes Verhältnis. Wenn wir uns mal sehen, freuen wir uns. Leider hatten wir bei dieser WM zu viele Nebenschauplätze. Aus heutiger Sicht wäre es sinnvoll gewesen, wenn sich drei, vier Führungsspieler rechtzeitig mit Berti zusammengesetzt und mal Tacheles geredet hätten. Die Mannschaft war einfach nicht fokussiert genug und daher nicht in der Lage, die bestmögliche Leistung abzurufen.

DW: So ähnlich war es wohl 2022 bei der WM in Katar.
T.B.: Da fing es schon beim Mannschaftsquartier an: Das deutsche Team wohnte so weit abseits wie keine andere Nation. Vom ersten Tag an waren Kind und Kegel mit dabei. Bei uns gab es früher noch die Regel, dass man erst ab dem Halbfinale seine Frau oder Freundin ins Hotel einladen durfte. Hinzu kamen die Diskussionen um die unsägliche *One-love*-Binde und die peinliche Hand-vorm-Mund-Geste beim Mannschaftsfoto vorm Japan-Spiel. Es war zum Fremdschämen. Der Mannschaft fehlte es zudem an sportlicher Qualität.

DW: Sie waren immer ein Spieler, der abseits des Platzes seine eigene Meinung vertreten hat. Diese Kategorie an Profifußballern gilt in der Bundesliga als ausgestorben. Der wohl letzte Spieler, der noch Ecken und Kanten hatte, war Max Kruse. Woran liegt das?
T.B.: Die Vereinsbosse reden zwar gerne von echten Typen, meinen damit aber keine selbstdenkenden Persönlichkeiten. Die Spieler sollen nur Fußball spielen und ihren Mund halten.

DW: In unserer Gesellschaft ist es ganz ähnlich.
T.B.: Der Fußball ist im Prinzip ein Spiegel der Gesellschaft. In Deutschland gilt: Wer das gängige Narrativ hinterfragt oder es gar wagt, diesem zu widersprechen, der hat ein Problem. Leider mangelt es an Selbstdenkern.

DW: Sie sprechen aus eigener Erfahrung. Mit Beginn der *Fake*-Pandemie haben Sie gegen die Corona-Maßnahmen gewettert, sprachen im August 2020 auf einer Querdenken-Demo.
T.B.: Meine Frau Britta und ich waren entsetzt, wie einfach die Menschen zu manipulieren waren. Mal eben in Angst und Panik versetzt, akzeptierten sie massive Einschränkungen ihrer Grundrechte. Wir fragten uns: Wollen wir so weiterleben? Wir kamen schnell zu dem Entschluss: Nein, das wollen wir nicht. Wir sahen, was mit Leuten wie Michael Ballweg, Prof. Stefan Hockertz, Prof. Sucharit Bhakdi und anderen passierte. Eine freie Meinungsäußerung war plötzlich existenzbedrohend. Demokratie? Grundgesetz? Alles war nur noch Makulatur! Wir wollten nicht in einem faschistischen Land leben und sind deshalb vor zwei Jahren in die Schweiz gezogen.

»ICH BEREUE NICHTS UND BIN FROH, DASS ICH REINEN GEWISSENS IN DEN SPIEGEL BLICKEN KANN«

DW: Für Ihren Auftritt bei Querdenken mussten Sie einen hohen Preis zahlen.
T.B.: Ich landete auf der schwarzen Liste, war als TV-Experte plötzlich nicht mehr gefragt, verlor meine Kolumne bei *Bild* und hatte Einkommensverluste in sechsstelliger Höhe pro Jahr.

DW: Viele Menschen scheuen derartige Konsequenzen, sie halten ihren Mund…
T.B.: …bleiben in ihrer Komfortzone und schwimmen lieber mit der Masse. Bei ihnen steht der wirtschaftliche Aspekt vor dem moralischen und ethischen. Das gilt natürlich auch für Fußballprofis.

DW: Ex-Nationalspieler Carsten Ramelow äußerte früh Kritik an den Coronamaßnahmen. Tobias Levels, ehemaliger Bundesligaspieler von Borussia Mönchengladbach, sprach im DW mehrfach Klartext. Es gab die Posse um Joshua Kimmich, zudem Spieler wie Wout Weghorst und Granit Xhaka, die sich skeptisch zur »Impfung« äußerten. Ansonsten herrschte Schweigen im Walde …
T.B.: Weil für alle eben viel auf dem Spiel steht. Ob man sich wehrt und gegen den Strom schwimmt oder man brav das böse Spiel mitmacht – das ist eine Entscheidung, die jeder für sich selbst treffen muss. Das System ist nun mal so aufgebaut, dass durch Geld oder den Arbeitgeber Druck aufgebaut wird. Sich dem zu widersetzen, hat auch mit Mut und Rückgrat zu tun. Ich dachte mir: Wenn irgendwann die letzte Klappe für mich fällt, soll es nicht heißen, dass ich einst zu denjenigen gehörte, die nichts gesagt haben. Ich bereue nichts und bin froh, dass ich reinen Gewissens in den Spiegel blicken kann.

DW: Die Weltmeister-Mannschaft von 1990 trifft sich alle paar Jahre. Werden Sie da schon mal auf Ihre politischen Ansichten angesprochen?
T.B.: Wir kamen erst im Juli am Chiemsee zusammen. Aber nein, das interessiert in diesem Kreis niemanden. Wir schwelgen da lieber in Erinnerungen. Aber ich erzähle Ihnen mal eine Anekdote, die sich bei unserem vorletzten Treffen 2021 in der Toskana ereignete. Da tauchte plötzlich mitten in der Nacht Uli Hoeneß als eingeladener Gast bei uns im Hotel auf. Als er mich sah, ließ er sofort einen dummen Spruch los. Daraufhin nahm ich ihn mir zur Brust und sagte: »Uli, pass mal auf. Ich bin jederzeit bereit, *live* in einem TV-Studio mit dir über politische und gesellschaftliche Themen zu diskutieren.« Ich bot ihm sogar an, dass er seinen Freund Söder mitbringen könne. Doch noch bevor er abwinken konnte, gingen meine Weltmeisterkollegen dazwischen. Sie wollten keinen Stress.

DW: Seit Beginn der sogenannten Corona-Impfung kippen immer wieder Fußballer auf dem Spielfeld um. Ende Oktober kollabierte der Ex-Wolfsburger Bas Dost im Erdedivisie-Spiel seines Klubs NEC Nijmegen beim AZ Alkmaar.
T.B.: Es ist erschreckend. Das gilt auch für die vielen Krebsfälle in der Bundesliga *(seit 2022 erkrankten fünf Spieler/Anm. d. Red.).* Was ich mich frage: Was denken die Spielerkollegen, wenn sie von diesen Fällen hören oder die Dramen sogar hautnah miterleben? Ich bin mir sicher: Sie werden sich ihre Gedanken machen. Aber sie bewegen sich natürlich in einem Umfeld, in dem ihnen niemand sagen wird, dass diese medizinischen Auffälligkeiten mit den



Gefragtes Autogramm: Thomas Berthold unterschreibt eine Collage der Weltmeister von 19

ASCHISTISCHEN LAND ICHT LEBEN«

und Sportchef dieser Zeitung, spricht über seine Karriere, Leben in der Schweiz und darüber, was es bedeutet,

NTERVIEW von Klaus Müller

mRNA-Stoffen zusammenhängen könnten. Die Gutgläubigkeit gegenüber der Schulmedizin ist für mich kaum noch zu ertragen. Ich jedenfalls habe den Glauben daran komplett verloren.

DW: Erzählen Sie bitte!
T.B.: Ich war zum Glück noch nie wirklich krank. Aber wenn ich an meine Schwiegereltern zurückdenke, wie viele Pillen die sich reingeworfen haben, wird mir übel. Ich bin längst überzeugt: In der Schulmedizin geht es schon lange nicht mehr um Gesundheit. Es ist nur noch ein *Business*. Motto: Nur ein kranker Patient ist ein guter Patient. Denn nur mit dem lässt sich Kohle verdienen. Um seine Gesundheit muss sich jeder selbst kümmern.

DW: Viele *Mainstream*-Medien rufen bereits wieder zum Maskentragen auf, auch die Impf-Propaganda ist wieder angelaufen. Das *Ärzteblatt* rät zum Schutz vor Corona gar dazu, beim Vorbeigehen an anderen Menschen fünf Sekunden lang die Luft anzuhalten …
T.B.: *(schüttelt ungläubig den Kopf)* Da fehlt nur noch die Anmerkung: Und um den CO2-Ausstoß zu verringern *(lacht)*. Ganz ehrlich: Dieser Schwachsinn ist es nicht wert, gelesen zu werden.

DW: Wie sehen Sie den Hype um den angeblich menschengemachten Klimawandel?
T.B.: Die Leute, die daran glauben, sollten endlich mal anfangen, Bücher zu lesen. Dann würden sie feststellen, wie sich das Klima in Jahrtausenden entwickelt hat und dass es Zeiten gab, in denen es wesentlich kälter war, aber auch Zeiten, in denen es wesentlich wärmer war als heute. Dieser Co2-Käse ist ein ebenso großer Unfug wie die angebliche Pandemie. Es geht letztlich nur darum, die Menschen zu kontrollieren und abzusaugen. Stichwort: CO2-Steuer. Jetzt wird quasi schon das Ausatmen besteuert. Es ist unglaublich.

DW: Nach dem Ukrainekrieg, der inzwischen nur noch eine Nebenrolle spielt, ist nun der Nahost-Konflikt wieder aufgeflammt und auf die Fußball-Bundesliga übergeschwappt.
T.B.: Ich dachte, der Ukrainekrieg ist vorbei. Man hört gar nichts mehr darüber. Auch für den Nahost-Konflikt gilt: Bücher aufschlagen und nachlesen. Israels Heer hat 513.000, die Luftwaffe 89.000 und die Marine 20.000 Soldaten. Palästina hat kein Heer, keine Luftwaffe, keine Marine. Die Hamas wurde gegründet und finanziert vom israelischen Mossad und vom CIA. Es gibt keine Grenze auf der Welt, die so gut gesichert ist. Wie also konnten 400 Hamas-Kämpfer die Grenze unbeschadet überschreiten? Warum wird darüber nicht gesprochen? Ganz einfach: Wie bei Corona und dem Ukrainekrieg wurde erneut alles orchestriert. Ich denke, es hat mit dem riesigen Gasvorkommen vor der Küste des Gazastreifens zu tun. Man facht einen Konflikt neu an, um Zugriff darauf zu bekommen. Ob und wie viele Menschen dabei sterben, ist den Machthabern dabei völlig egal.

0. Foto: privat.



Im August 2020 sprach Thomas Berthold auf einer Querdenken-Demo in Stuttgart Klartext. Foto: privat.

DW: Stichwort Anwar El Ghazi *(DW berichtete in Ausgabe 153)*. Wie sehen Sie den Fall um den inzwischen vom FSV Mainz gefeuerten Spieler?
T.B.: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Aber so ist das in Deutschland: Eine Äußerung pro Palästina ist grundsätzlich falsch, pro Israel dagegen richtig. Der FSV hätte den Spieler schützen müssen, stattdessen haben sie ihn geopfert. Ich wiederhole mich: Mit Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun.

DW: Auch Bayern-Spieler Noussair Mazraoui sorgte mit Pro-Palästina-*Posts* auf Instagram für Wirbel. Er zitierte Verse aus dem Koran und postete die palästinensische Flagge. Der FC Bayern verzichtete auf Konsequenzen.
T.B.: Dafür wurde der Verein heftig kritisiert. Ich dagegen ziehe meinen Hut: Man hat sich vor den Spieler gestellt. Wie gesagt: Es geht um eine politische Meinung. Die muss jeder äußern dürfen.

DW: Was tun Sie, um vom alltäglichen Wahnsinn, der uns umgibt, abzuschalten?
T.B.: Meine Frau und ich fühlen uns in der Schweiz wie auf einer Insel der Glückseligen. Hier wird das Volk noch ernstgenommen und gefragt. Wenn die Bürger dagegen sind, wird das Schwimmbad vor Ort eben nicht gebaut. Auch die Akzeptanz anderen Meinungen gegenüber ist viel größer. Es wird immer erstmal zugehört. Eine Rückkehr nach Deutschland können wir uns nicht mehr vorstellen.

»DIE DEMOS 2020 IN BERLIN HABEN DEN STAAT AUFGESCHRECKT UND GEZEIGT, WAS MÖGLICH IST«

DW: Vielen Menschen fällt es offensichtlich schwer zu glauben, dass es die Regierung nicht gut mit uns meinen könnte.
T.B.: Umso schneller sollten sie endlich anfangen nachzudenken. Was passiert denn in Deutschland? Wir erleben korrupte Politiker, die das Land vorsätzlich mit einer katastrophalen Energiepolitik im Eiltempo deindustrialisieren. Dazu kommt eine fatale Migrationspolitik, die sozialen Sprengstoff birgt. Die Regierung hat einen Eid abgelegt, das deutsche Volk vor Schaden zu bewahren, aber das Gegenteil passiert. Die innere Sicherheit ist bedroht, die verursachten Schäden sind schon jetzt enorm. Das Parlament verletzt seine Pflichten, die Gewaltenteilung ist außer Kraft gesetzt, Bundesgerichtshof und Verfassungsgericht sind politisch infiltriert. Es bleiben nur noch Fragmente eines Rechtsstaats übrig.

DW: Was schlagen Sie vor?
T.B.: Grundsätzlich halte ich das Parteiensystem nicht mehr für zeitgemäß. Wir benötigen eine direkte Demokratie und die Gesellschaft einen *Mind-Reset*. Soll heißen: Der Mensch muss zurück zu seinem Ursprung, viel mehr im Einklang mit der Natur leben, zudem an seinem Bewusstsein und Verstand arbeiten. Zunehmende Digitalisierung, Elektromagnetismus, künstliche Intelligenz – das alles sind große Gefahren für die Menschheit.

DW: Wie schaffen wir die Wende zum Guten?
T.B.: Wir müssen einen Volksentscheid erzwingen, um friedlich die Regierung absetzen zu können. Die großen Demos in Berlin 2020 haben den Staat aufgeschreckt und gezeigt, was möglich ist. Die Menschen müssen weiter auf die Straße gehen. Wichtig ist zudem, seinen Mund aufzumachen und ungehorsam zu sein. Aber die Misere muss wohl für viele erst noch spürbarer werden, ehe sie sich widersetzen. Aber dass dies passiert, ist nur noch eine Frage der Zeit.

DW: Herr Berthold, wir danken Ihnen für das Gespräch.

»Seit dem 17. April 2020

DIE BESTE ZEITUNG DER REPUBLIK

mit mittlerweile 154 Ausgaben einseh- und bestellbar auf demokratischerwiderstand.de«


FREIHEITS-BOOSTER! Diese Wochenzeitung gibt's auch im ABO! SEITE 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

TÖDLICHE GENSPRITZE

Pathologen beweisen: mRNA-Impfungen zerstören das Immunsystem.

Auswirkungen der Gen-»Impfungen«

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND


»Es ist ein Krieg gegen die Bevölkerung!«

MERKELS SONDERWEG IN DIE BARBAREI

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

SCHWEIZ! 40 PROZENT STIMMEN GEGEN CORONA-REGIME

WIR SIND DEMOKRATEN. WAS SEID IHR?

DW-GIPFEL

KENFM.DE

VÖLLIG VERZWEIFELT:
MAINSTREAM HETZT WEITER GEGEN TILL LINDEMANN

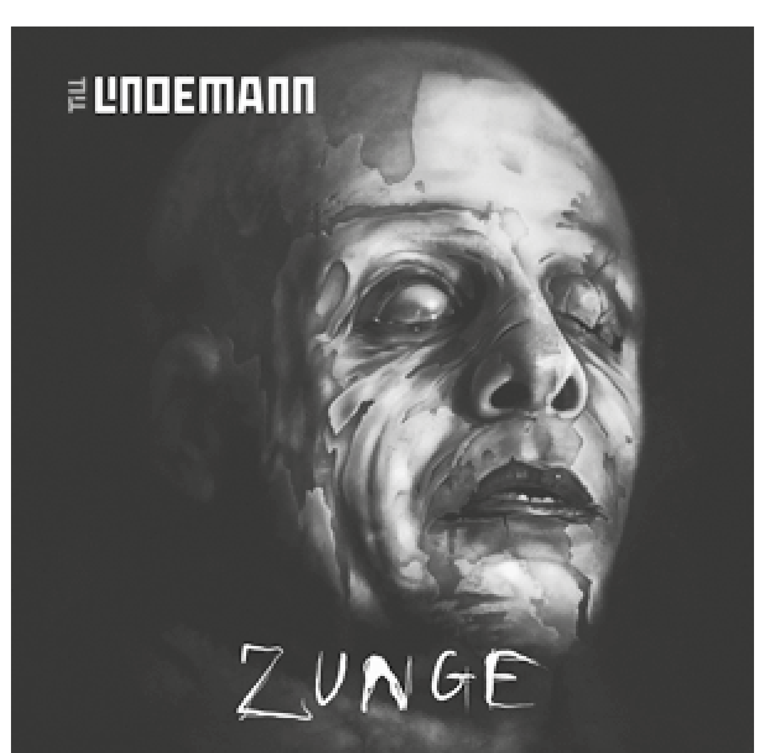
Rammstein-Sänger veröffentlichte neues Soloalbum. Das passt nicht jedem

KOMMENTAR von Klaus Müller

Einige Konzernmedien haben offenbar daran zu knabbern, dass ihre Hetze gegen Till Lindemann nicht von Erfolg gekrönt war. Wie kleine Kinder, denen man ihr Sandförmchen weggenommen hat, heulen sie nun herum und pöbeln weiter.

Der Rammstein-Sänger veröffentlichte gerade sein neues Soloalbum »ZUNGE«. Dies bewerkstelligte er im Alleingang mit seinem Team, da die Plattenfirma Universal Music, die schon bei Weimar ein desaströses Bild abgab (DW berichtete), aufgrund der (inzwischen eingestellten) Ermittlungen gegen ihn die Zusammenarbeit aussetzte. Deshalb waren die neuen Songs zunächst auch nur per *Streaming* verfügbar, die CD ist auf der seit 8. November laufenden Tour Lindemanns erhältlich, ab dem 17. November dann auch in den diversen *Onlineshops*.

Der *Stern* beispielsweise ereifert sich: »Abgehalfterter Horrorclown spielt belangloses Tabuwort-Bingo.« Von einem »um Provokation bettelnden Bierplauzen-Rock« ist die Rede und dass man »fast Mitleid bekommen« könnte mit »einem alternden Rockstar, der offenbar nicht bemerkt hat, dass seine Art der Provokation nicht mehr wirkt.« Klar, über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten, aber der Beweggrund derartiger Rezensionen ist doch mehr als offensichtlich. Und die Wortwahl spricht Bände: Unterste Schublade. Aber es verwundert nicht, schließlich hatte der *Stern* Ende August, also nachdem die Berliner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Lindemann eingestellt hatte, einen Aufruf gestartet: »Trotzdem boykottieren!« Blöd nur: Diese sogenannten Journalisten haben in ihrer Verzweiflung offenbar immer noch nicht bemerkt, dass ihr Hass und ihre Hetze zunehmend ins Leere laufen.



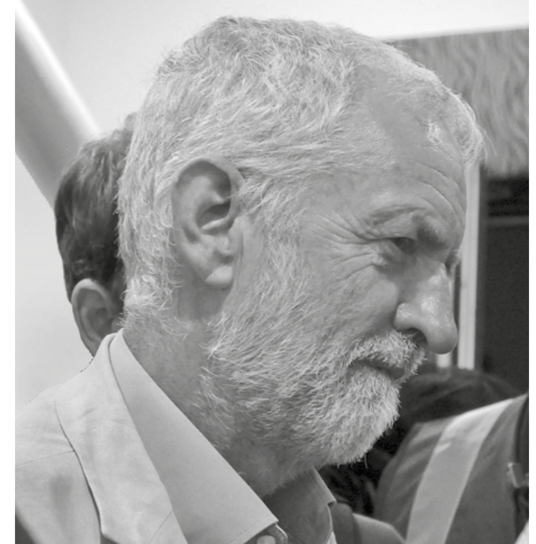
Lindemanns neues Soloalbum heißt »ZUNGE«. Bei seinen Fans kommt es gut an, die sogenannten Leitmedien dagegen schäumen vor Wut. Foto: Commons

Till Lindemann wird das peinliche Geschreibsel kaum interessieren. Gilt auch für seine Fans. Das Fachmagazin *Metal Hammer* berichtet von überwiegend »positiven Reaktionen« und zitiert einige Anhänger des Rammstein-Sängers, die von den neuen *Songs* begeistert sind. Da ist von »Ohrwürmern« die Rede, von »Herzblut«. Und jemand fragt: »Wie geil ist dieses Album bitte?«

HARAKIRI
CANCELN UND DABEI ÜBER DEMOKRATIE FASELN

Vom 8. bis zum 10. November 2023 wollte die tief in den Coronaspritzenmassenmord verstrickte Rosa-Luxemburg-Parteistifung der niedergehenden Linkspartei einen *Fake*-Kongress über Demokratie in der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz abhalten. Der einzig bekannte Veranstaltungsteilnehmer wurde jedoch ausgeladen: der ehemalige britische Labour-Chef Jeremy Corbyn.

Grund war, dass Corbyn sich für das Menschenrecht und die Palästinenser einsetzt. Eine Mehrzahl kleinerer und mindestens eine große Demonstration hiergegen fanden rund »um die Volksbühne sowie am Bühneneingang, in der Kantine und im Foyer« statt, wie dem DW bereits vorab mitgeteilt wurde. Im Jahr 2017 war der damals fast siebzigjährige Jeremy Corbyn vor Hunderttausenden Jugendlichen beim Glostenbury Festival im Südwesten Englands aufgetreten und wurde für seine Forderung »Frieden ist möglich« und dem Ruf nach Sozialreformen von den jungen Leuten wie ein Popstar bejubelt.


Setzt sich für Menschenrechte ein: Jeremy Corbyn.

Im Anschluss wurde er von Konzern- und Regierungsmedien als »gefährlichster Mann der Welt« bekämpft und schließlich mit Antisemitismusvorwürfen abgesägt. Jeremy Corbyn ist zudem der jüngere Bruder von Piers Corbyn, der unter Corona gegen das Terrorregime aufstand und sich für den Erhalt des Bargeldes einsetzt.

Der Labour-Partei wie auch der Veranstaltung am Rosa-Luxemburg-Platz blieben im Anschluss an den Abschuss Corbyns blasse Charaktere, die von der Polizei abgeriegelt und vor dem Volk geschützt über Inklusion und ihre »Demokratie« faselten und den Niedergang der vermeintlich Linken nicht aufhalten konnten. (hes)


Foto: Commons

ZITAT DER WOCHE

»Das Ziel ist ein endloser Krieg, kein erfolgreicher Krieg.«

Julian Assange, seit 2012 in Haft, seit 2019 im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:




DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
AUFSTEHEN GEGEN KRIEG UND LÜGEN!
NICHTOHNEUNS.DE

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 154 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 122 vom 18. Februar 2023.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

Hin Da! KULTURKALENDER

12.11.2023 • Durlangen; Gasthaus Zur Krone, Kronengasse 1, 73568 Durlangen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 17:00 Uhr • Tickets per Mail unter *kabarett-musik.de*

16.11.2023 • Riesa; WT Energiesysteme Arena, Am Sportzentrum 5, 01589 Riesa • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter *eventim.de*

17.11.2023 • Magdeburg; AMO Kulturhaus, Erich-Weinert-Str. 27, 39104 Magdeburg • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr • Tickets unter *eventim.de*

20.11.2023 • Wasserburg/Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

23.-25.11.2023 • Berlin; Xelor Kesselhaus, Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin • KONGRESS • »Neue Normalität«, Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie u.a. mit Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Uli Gellermann, Werner Meixner, Hannes Hofbauer und Almuth-Bruder Bezzel • tagsüber • Tickets und weitere Informationen über die Internetseite *ngfp.de*

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Michael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets:Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter *krasser.guru*

02.12.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr. 68, 50674 Köln • THEATER • »Die Weihnachtsgeschichte« nach Charles Dickens, komponiert von Markus W. Kropp, gesprochen von Sonja Kargel • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets:ab 8€ unter *krasser.guru*

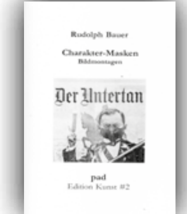
09.12.2023 • Bad Hersfeld; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Alarmstufe rot für den Mittelstand; im Fadenkreuz von Inflation, Krieg und KI« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

10.12.2023 • Koblenz; Hotel Mercure, Julius-Wegeler-Str. 6, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Das 1x1 des Staatsterrors« von Ullrich Mies • 18:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: ab 25€ unter *krasser.guru*

12.12.2023 • Hamburg; Rudolph-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« ein Abend mit Jens Lehrich • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter *krasser.guru*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



HABEN DIE SPRITZEN-MÖRDER ANGST? – KOMMT JETZT DIE AUFARBEITUNG?

»Leider nein; es wird beim Bündnis Sahra Wagenknecht sehr wahrscheinlich wieder darum gehen, das negative Potenzial zu verarzten und in den BRD-Apparat einzuspeisen. Darauf deuten alle (taktischen?) Ankündigungen hin. Das ›Luhmann'sche Feld‹ liegt so oder so in der Natur einer Parteigründung, es hat schlichtweg keinen Sinn, sich darüber Illusionen zu machen. Alle Parteien sind vom Tiefen Staat bestimmt oder passen sich allmählich darauf an. Sind sie nicht angepasst, wird an ihnen solange herumgedoktert, bis sie es sind.

Die Hoffnung für das sehr spät ins Rennen gehende Bündnis Sahra Wagenknecht richtet sich einzig darauf, solche Verbrechen wie die Corona-Lüge, Krieg und den Spritzengenozid in der Zukunft gemeinsam mit den Stimmen der AfD abmildern oder sogar verhindern zu können. In einem fremdbestimmten Land ist diese Hoffnung leider vage. Die Absagen Schröders und Fischers an den Invasions- und Aggressionskrieg gegen den Irak kam der BRD mit Zeitverzögerung teuer zu stehen. Aber das angloamerikanische Imperium wankt und drei Kontinente haben wohl schonmal abschließend die Faxen dicke.«

– Auszug aus der Analyse zur organisierten Linken von DW-Herausgeber Anselm Lenz, in Gänze hörbar als Audiostrecke auf apolut.net. Foto: hes/DW.



DAS VOLK ISRAEL LEBT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von S. U. I.

Das Am Israel Chai ist Gebet, Proklamation und die Gewissheit, dass der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs sein Volk Israel am Leben hält. Seit den bestialischen Ereignissen des 7. Oktobers 2023 halten sich Juden wie Christen erneut an dieser Zusage Gottes fest: Das Volk Israel lebt! – Allen Schicksalen zum Trotz.

Gott hat ihnen ihr Land Israel verheißen, in dem sie sich am Ende der Zeit wieder versammeln und in es Besitz nehmen werden (Jeremia 31). Nichts wird den Schöpfer daran hindern, seine Versprechen zu erfüllen. Es gab viele böse Versuche, dieses Volk auszulöschen. Der anti-jüdische und anti-israelische Spirit ist ein uraltes Phänomen und findet immer wieder Akteure, zum Beispiel der hinterhältige Angriff durch Amalek beim Auszug aus Ägypten (5Mose 25,17f), der geplante Völkermord im Persischen Reich durch Haman (Esther 3), der Kinderschlächter König Herodes im Römischen Reich (Matthäus 2), der mittelalterliche Judenhass, der sich auch in Juden-Pogromen und Kreuzzügen ausdrückte und seinen Tiefpunkt im diabolischen Nazi-Reich fand – stets mit dem Ziel, das Volk Gottes auszulöschen. Dieser Judenhass ging auch nach der Staatengründung Israels 1948 weiter und entlud sich erneut im islamistischen Terror. Die Charta der Hamas dokumentiert die Ziele der Vernichtung des jüdischen Staates und Volkes.

Warum? Die Bibel benennt Satan als den Feind aller Menschen und besonders des Volkes Gottes. Jesus sagt, dass die Nationen im himmlischen Gericht daran gemessen werden, wie sie sich dem Volk Israel gegenüber verhalten (Mt 25,31f): »Und der König [Jesus] wird antworten und zu ihnen sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan« (V. 40). Ich finde alle drei Auslegungsvarianten der »Brüder« (Juden, Christen, alle Menschen) stimmig – aber primär geht es um die »Brüder Jesu« – und das sind die Juden. Gesegnet ist, wer den Juden beisteht, nicht nur, wenn sie bluten, sondern auch, wenn sie kämpfen – um Leben, Existenz und den Juden-Staat.

Und die geschundenen Gaza-Bewohner mit ihrem Wunsch nach »Free Palestine«? – Ja, sie brauchen eine Befreiung vom menschenverachtenden islamistischen Terrorsystem, von dem sie seit dem Abzug der Israelis aus Gaza 2005 und den freien Wahlen 2006 regiert werden. Genauso, wie alle Nationen Befreiung vom neu aufkeimenden Juden- und Israelhass brauchen, denn es bekommt niemandem gut, sich gegen das Volk Gottes zu stellen.

Die Autorin veröffentlicht anonym, da ihr Arbeitgeber eine namentliche Mitarbeit in dieser Zeitung ablehnt. Die Autorin ist der Redaktion bekannt. Der Text wurde im Autorenteam der Christen im Widerstand und in der DW-Redaktion angesichts der aktuellen mörderischen Ereignisse im Nahen Osten kontrovers diskutiert. Wir verweisen auf die Kolumne von Prof. Daniel von Wachter in DW 151 an dieser Stelle.



PRÄSIDENT MIT BINÄRCODE

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Die Logik der Digitalplattformen hat die Gesellschaft infiltriert und längst auch politische Kultur, Medien und Öffentlichkeit gekapert. Das erklärt, warum die Spaltung von ganz oben vorangetrieben wird.

Frank-Walter Steinmeier hat es wieder getan – nach Hamburg fahren und eine Festrede über den Journalismus halten. »Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere«, sagte er 2014 in der Rolle des Außenministers, »habe ich das Gefühl: Der Meinungskorridor war schon mal breiter.« Und: »Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch.«

Neun Jahre später ist das vergessen. Als Bundespräsident durfte Steinmeier beim Spiegel jetzt den hundertsten Geburtstag von Rudolf Augstein feiern. Auch in dieser Rede geht es um »Druck«, aber der kommt inzwischen von außen. Das Netz. Die Lautstärke, der Hass, die Hetze. Das Unsägliche. Steinmeier zur versammelten Journaille: »Halten Sie Distanz! Bleiben Sie unterscheidbar von den sozialen Medien! Erliegen Sie nicht der Versuchung, sich die Kultur der Dauerempörung zu eigen zu machen.« Und: »Lassen Sie nicht zu, dass die Lauten über die Nachdenklichen siegen!«

Was soll man dazu sagen? Der Plattformkapitalismus hat die analogen Medienhäuser längst geschluckt und den Binärcode selbst in der kleinsten Lokalredaktion zum Maß aller Dinge gemacht. Eins und null. Dafür oder dagegen – ohne Wenn und Aber. Das liebe ich, das hasse ich. Der Journalismus muss heute nicht mehr hinaus in die Wirklichkeit. Themen und Moral sind genauso *online* wie das Publikum. Die »Auswüchse«, die Steinmeier beklagt, gehen auch und gerade von der Festgemeinde aus, zu der er hier spricht.

Die Spaltung ist in die Plattformlogik eingeschrieben und längst auch in die Reden dieses Bundespräsidenten. »Manche«, sagte er in Hamburg, würden »lieber gar keine Nachrichten mehr zur Kenntnis zu nehmen. Von denen treffe ich viele. Andere wieder ziehen sich zurück in eine Parallelwelt, in der Wahnsinn, Verschwörung und erfundene Wahrheit regieren.« Übersetzt: Da gibt es Geisteskranke, die zusammen etwas aushecken und deshalb am besten wegzusperren sind. *Der Spiegel* kann dann endlich »sagen, was ist«.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

JOURNALISMUS IST, ZU DRUCKEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA. – GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhän gige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 155 erscheint am Samstag 18. November 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ____________________

TELEFON • E-MAIL ____________________

STRASSE, HAUSNUMMER ____________________

POSTLEITZAHL UND ORT ____________________

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin